Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407 — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 116. **Halle, Freitag den 24. Mai 1918.** **2. Jahrgang.**

Wahlrechtsfragen.

Einwände gegen das gleiche Wahlrecht.

Die Frage des gleichen Wahlrechts ist jetzt in allen deutschen Bundesstaaten hochaktuell. Am brennendsten ist sie in Preußen und in Sachsen. Bemerkenswert ist, daß in diesen beiden Bundesstaaten die Regierungen sehr abweichende Stellungen zur Wahlrechtsfrage einnehmen. In Preußen hat sich die Regierung, die noch vor gar nicht langer Zeit gegen jede Wahlrechtsänderung während des Krieges war, nicht nur entschlossen, diesen ihren Standpunkt aufzugeben, sondern sie hat sich auch für das gleiche Wahlrecht eingesetzt und ist den Widerständen gegenüber fest geblieben. Ob dieser Widerstand für die Dauer vorhalten wird, ist freilich noch die Frage.

Immerhin sticht die Haltung der preußischen Regierung wesentlich ab von der der sächsischen. In Sachsen steht die Regierung der dringendsten Forderung der inneren Politik mit absoluter Verständnislosigkeit gegenüber. Als in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages vor Pfingsten die Wahlrechtsfrage behandelt wurde, meinte der Minister des Innern, die Frage des Wahlrechts sei zu einem Dogma geworden und habe selbst in den bürgerlichen Kreisen zum Fatalismus geführt in der Ueberzeugung, daß das gleiche Wahlrecht auf dem Marsche sei und sich nicht aufhalten lasse. Der Minister bestritt, daß das gleiche Wahlrecht geeignet sei, die schaffenden Kräfte des Staates zusammenzufassen. Der Standpunkt des Ministers entbehrt nicht der Logik. Er fürchtet — und allerdings mit Recht —, daß die Sozialdemokratie unter dem gleichen Wahlrechte zur stärksten Partei des Landes anwachsen und dann natürlich eine Politik treiben werde, die der Regierung und der bürgerlichen Gesellschaft nicht angenehm sein kann. Ihm genügt nicht einmal die Verhältniswahl, um die sozialdemokratische Gefahr zu bannen. Infoweit liegen natürlich die Verhältnisse in Preußen ganz anders. Hier würde das gleiche Wahlrecht zwar eine starke und einflußreiche Vertretung in das Abgeordnetenhaus bringen, die Gefahr einer „sozialdemokratischen Ueberflutung" aber besteht hier jedenfalls nicht. Von diesem Gesichtspunkte aus wäre natürlich die Frage des gleichen Wahlrechts in Sachsen und in Preußen anders zu beurteilen. Indessen für die Sozialdemokratie gelten solche Bedenken nicht und können für sie auch nicht gelten.

Die Sozialdemokratie fordert das gleiche Wahlrecht aus Gründen der politischen Gleichberechtigung. Ihr kommt es zunächst nicht darauf an, die Mehrheit im Parlamente zu erringen, sondern darauf, den Parteien und damit den hinter diesen stehenden wirtschaftlichen Kreisen die ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung zu sichern. Um einer Vergewaltigung der Minderheiten vorzubeugen, hat die Sozialdemokratie seit je die Verbindung des Verhältniswahlrechts mit dem gleichen Wahlrecht gefordert. In zweiter Linie verfolgt die Sozialdemokratie wie jede Partei mit einem wirtschaftlichen Untergrunde die Vertretung ihrer Interessen, das sind die Gegenwartsinteressen der Arbeiterklasse. Die Grundlage für diese Politik wird immer das sozialistische Endziel, die sozialistische Gesellschaft, sein. Wenn in einem so industriellen Lande wie Sachsen in der Volksvertretung eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden wäre, würde sie natürlich nicht eine Politik der Besitzenden, sondern der großen Allgemeinheit verfolgen können. Bei den Wahlrechtskämpfen in Preußen haben die Konservativen das Land mit der Aussicht zu schrecken versucht, daß mit dem gleichen Wahlrechte der Sozialdemokratie die Verfügung über das Portemonnaie der Besitzenden ausgeliefert würde. Davon kann nun in einem Staate mit zwei gesetzgebenden Körperschaften überhaupt keine Rede sein. Gewiß wäre, daß eine sozialdemokratische Mehrheit die Besitzenden in steuerlicher Beziehung anders anfassen würde, als ein bürgerliches Parlament. Das wäre indes nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit. So lange die kapitalistische Gesellschaft noch das Recht hat, die Arbeitskraft unter ihrem Werte anzukaufen und auszubeuten, um daraus immer mehr Kapital anzuhäufen, ist es nicht mehr als recht und billig, wenn das gleiche Wahlrecht dafür sorgt, daß die Besitzenden für die Staatsbedürfnisse, die durch die Ausführung der Gesetze, die ihnen die Ausbeutung der Besitzlosen gewährleisten, entstehen, aufkommen. Das mag den politischen Parteien, die die Interessen der Besitzenden vertreten, unangenehm sein, indessen die Arbeiterklasse hat, wie gesagt, nicht nach den Interessen der Besitzenden, sondern nur nach denen der Arbeiterklasse, die sich mit denen der Allgemeininteressen decken, zu fragen.

Unter solchen Gesichtspunkten ist natürlich auch der Widerstand der sächsischen Regierung gegen das gleiche Wahlrecht verständlich. Wenn aber die besonderen sächsischen Verhältnisse das gleiche Wahlrecht angeblich nicht zulassen, so würde das nur beweisen, daß diese besonderen Verhältnisse des Landes mit den allgemeinen Verhältnissen des Reiches nicht mehr in Einklang stehen. Mit anderen Worten: hält die sächsische Regierung daran fest, daß das gleiche Wahlrecht wegen der eigenartigen sächsischen Verhältnisse unmöglich sei, so würde für die Arbeiterklasse die Frage entstehen, ob sie noch ein besonderes Interesse an der Selbständigkeit Sachsens haben kann. Wenn unsere Bundesstaatsverfassung nicht nur durch die Steuerpolitik des Reiches, sondern namentlich doch die immer weitere Ausdehnung der Zuständigkeit des Reiches in Frage gestellt wird, so hat natürlich die Sozialdemokratie keinen Grund, dies zu bedauern. Jedenfalls kann aber die partikularistische Staatsgesinnung der großen Mehrheit des Volkes nicht gefördert werden, wenn ihr die staatsbürgerliche Gleichheit vorenthalten wird. Deshalb kann und wird sich die Sozialdemokratie auch in Sachsen nicht abhalten lassen, das gleiche Wahlrecht zu fordern und zu kämpfen, bis es erreicht ist. Das gleiche Wahlrecht verweigern heißt nichts anderes, als der friedlichen Entwicklung der politischen Zustände auf eine demokratische Staatsverfassung Dämme aufzurichten. Die Geschichte lehrt, daß solche Hindernisse die Entwicklung zwar erschweren, aber nicht dauernd aufhalten können. (§)

Fragwürdige Wahlreform in Braunschweig.

Die braunschweigischen Landtagswahlreformvorlagen gehen nunmehr der Entscheidung entgegen. Die elfgliedrige Wahlrechtskommission hat ihre sehr geheimnisvoll durchgeführten Beratungen beendet und ihren Bericht an das Plenum des Landtages gelangen lassen. Der Kommissionsbericht bemerkt zu der Regierungsvorlage: „Die Hauptabweichung der Regierungsvorlage von dem bisherigen Rechtszustande findet sich bei den aus den allgemeinen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten. Während diese früheren im Wege des indirekten Wahlverfahrens nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt wurden, hebt die Regierungsvorlage sowohl die indirekte Wahl als auch das Dreiklassenwahlsystem auf und setzt an deren Stelle das **allgemeine gleiche direkte Wahlrecht.** Durch das allgemeine gleiche Wahlrecht wird der breiten Masse, die sich bei dem Dreiklassenwahlsystem nur schwer Geltung verschaffen konnte, der Haupteinfluß eingeräumt werden, während die Gruppen der Bevölkerung, denen bislang im Landtage ausschlaggebende Bedeutung zukam, zurücktreten werden. Es ist deshalb erklärlich, daß die Regierungsvorlage in weiten Kreisen auf schwerwiegende Bedenken gestoßen ist, und so hat sich auch bei den Verhandlungen in der Kommission herausgestellt, daß für die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts bei den allgemeinen Wahlen die zu dieser Verfassungsänderung im Landtage erforderliche Zweidrittelmehrheit sich **nicht** finden wird und damit also die vorgeschlagene Abänderung des Wahlrechtes **abgelehnt** wird. Einen solchen Ausgang der Verhandlungen über die Regierungsvorlage halten wir aber für äußerst bedenklich und nicht im Interesse des Landes liegend. Als Mittelweg bringen wir einerseits in unseren Anträgen die **Einführung eines Mehrstimmenwahlrechts** in Vorschlag, nach dem der Eigentümer eines Hausgrundstückes oder eines anderen Grundstückes in einer gewissen Mindestgröße — also das bodenständige Element — und der Wahlberechtigte, der das 40. Lebensjahr vollendet hat und verheiratet ist oder verheiratet gewesen ist, eine Zusatzstimme erhalten soll. Anderseits schlägt die Kommission eine Erhöhung der Zahl der Abgeordneten vor, die aus besonderen Wahlen hervorgehen, und zwar will sie zu den **Berufsständen** die mittleren und unteren Staats-, Kommunal- und Gemeindebeamten und Lehrer sowie die Privatangestellten hinzunehmen. Den Kreis der wahlberechtigten öffentlichen Körperschaften will die Kommission durch Hinzunehmen der Vertretungen der Kreiskommunalverbände und der Städte erweitern. Nach den Vorschlägen der Kommission würde die Zahl der Abgeordneten von 48 auf 54 erhöht und **29 Abgeordnete aus allgemeinen Wahlen, 17 aus Wahlen der Berufsstände** und **8 aus Wahlen öffentlicher Körperschaften** hervorgehen. Schließlich will die Kommission entgegen der Regierungsvorlage die **Wahlpflicht** beibehalten. Die Kommissionsvorlage will jeden Wahlberechtigten, der ohne genügende Entschuldigung sein Wahlrecht nicht ausübt, in eine Ordnungsstrafe von 3 bis 100 M. nehmen."

Das Plenum des braunschweigischen Landtages wird sich wohl mit geringen Abweichungen auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse stellen. Die Wahlrechtsbewegung würde dann an demselben Tage von neuem einsetzen, da dieses Unikum von einem Wahlrecht im braunschweigischen Landtage verabschiedet würde.

Neue „Vermittelung" in der Wahlrechtsfrage.

Nachdem das Zentrum mit seinen Sicherungsanträgen in der preußischen Wahlrechtsfrage bisher wenigstens kein Glück gehabt hat, scheint es sich mehr und mehr mit einem Pluralstimmenrecht befreunden zu wollen. Die Germania, das führende Berliner Zentrumsorgan, veröffentlicht eine Zuschrift, in der eine Vermittlung in dem Kampf um das gleiche Wahlrecht dahin empfohlen wird, daß man zunächst dem Wähler höheren Alters eine Zusatzstimme einräumt. Eine Bevorzugung des Besitzes, der Bildung und der Seßhaftigkeit wird abgelehnt. Dann aber heißt es weiter:

Dagegen möchte ich zwei andere Gesichtspunkte hervorheben, die bei Verleihung einer Zusatzstimme in Betracht gezogen werden können: das ist einmal die Familie. Der Unverheiratete ist derjenige, der am ehesten sagen kann: ubi bene, ibi patria. Aber der Vater einer größeren Kinderschar hat ein viel größeres Interesse an der Staatswohlfahrt, für unser Preußen insbesondere auch an einer guten, vaterländischen und religiösen Schule. Also ein Mehrstimmenrecht für den Vater einer bestimmten Anzahl unmündiger Kinder.

Eine fernere Mehrstimme demjenigen, der in diesem Kriege seine Haut fürs Vaterland und die zu Hause gebliebenen und da reich Gewordenen zu Markte getragen hat, oder wer in kommenden Zeiten gewärtig sein muß, dieses zu tun. Darum eine Mehrstimme demjenigen, der vor dem Feinde gekämpft, oder wenigstens für Tapferkeit vor dem Feinde (nicht durch Etappenverdienste) eine Auszeichnung erworben hat, und späterhin jedem, der und so lange er der Reserve oder der Landwehr angehört."

Diese Vorschläge, die man einstweilen wohl nur als Fühler bewerten darf, nähern sich in ihrer Tendenz bereits stark den Mehrstimmenvorschlägen des rechten nationalliberalen Flügels. Es ist daher keineswegs ausgeschlossen, daß, wenn bei der wiederholten dritten Lesung die Sicherungsanträge des Zentrums erneut abgelehnt werden, auf dieser Grundlage eine Verständigung zwischen den Mittelparteien zustande kommt. Weniger wahrscheinlich ist es, daß sich bei dem völlig ablehnenden Verhalten der Konservativen eine Mehrheit dafür im Abgeordnetenhause findet. Und wenn die „Vermittlung" wider Erwarten doch zu einem Ergebnis führen sollte, so **müßte sie an dem Widerspruche der Regierung scheitern, die sich nicht einmal, sondern immer wieder für das gleiche Wahlrecht eingesetzt** und schließlich nur die eine Gewißheit gewonnen hat, daß sie gegebenenfalls über eine Altersstimme mit sich reden lassen würde.

Auch in Württemberg das Frauenstimmrecht abgelehnt.

Der staatsrechtliche Ausschuß der Zweiten württembergischen Kammer beschloß, der Kammer vorzuschlagen, die Forderung auf Gewährung des kommunalen und parlamentarischen Wahlrechts an die Frauen mit der Regierung abzulehnen. Als Beruhigungsmittel schlägt der Ausschuß vor, die Frauen als sachverständige Beiräte zu den Ausschüssen der Gemeindevertretungen und den geschäftlich organisierten Körperschaften in erweitertem Maße als bisher heranzuziehen und Frauen in Staat und Gemeinden, soweit es die Fraueninteressen bedingen, anzustellen.

Auch in Württemberg erbrickt man in der Frau immer noch den untertänigen Hausmoven, der im öffentlichen Leben keine Nummer hat, obwohl die Erfahrungen des Krieges das Gegenteil beweisen. Die Zeit mit ihren Notwendigkeiten wird auch hier Wandel schaffen.

Ein Aufruf für das gleiche Wahlrecht.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland erläßt folgenden Aufruf:

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland erhebt entschiedenen Widerspruch gegen die unwürdige Behandlung, die die Wahlrechtsvorlage der Regierung in der dritten Lesung des Preußischen Abgeordnetenhauses erfahren hat. Das preußische Volk hat sich in diesem Kriege das gleiche Wahlrecht verdient, in erster Reihe die Kämpfer an der Front. Der Dank des Preußischen Parlaments an die Kriegsteilnehmer war die Ablehnung des von der Krone feierlich in Aussicht gestellten Volksrechtes. Die Staatsregierung hätte **unter allen Umständen mit der Auflösung dieses volksfeindlichen Hauses antworten müssen,** statt dessen läßt sie sich in Verhandlungen ein und erhält unser öffentliches Leben in einer Unruhe, die weit schädlicher wirken muß, als ein kurzer Wahlkampf.

Der Volksbund erwartet von der Regierung, daß sie sich durch keinerlei Kompromisse **von der Linie des gleichen Wahlrechts abbringen** läßt, daß sie insbesondere den Bestrebungen nicht nachgibt, **das gleiche Wahlrecht durch Alterszusatzstimmen abzuschwächen,** die nur geeignet sind, die im waffenfähigen Alter für uns kämpfenden Volksgenossen bei ihrer Heimkehr schwer zu benachteiligen.

Der Aufruf schließt mit der Aufforderung zum Beitritt zu dem Volksbunde für Freiheit und Vaterland. (Die Adresse ist Berlin W 62, Kleiststraße 36.)

Die Unabwendbarkeit des gleichen Wahlrechts.

Die Unabhängige Nationalkorrespondenz ist das tollsüchtigste alldeutsche Organ Deutschlands. Unermüdlich predigt sie Gewalt nach außen und innen, Kampf bis aufs Messer gegen den „Verzichtfrieden" und das gleiche Wahlrecht. Jetzt aber lesen wir darin in einem Aufsatz über das neue deutsche Ostland:

Man darf nicht vergessen, daß es ausgeschlossen ist, im 20. Jahrhundert ein Balkanland zu schaffen, das, umgeben von demokratischen Republiken, wie Rußland und die Ukraine, oder von stark konstitutionellen Monarchien wie Litauen, Polen und Deutschland-Preußen, sich selbst bei einer Union mit Preußen **auf die Dauer davon enthalten könnte, den breiten Massen das allgemeine gleiche Wahlrecht zu verleihen.**

Also für die Letten und Esten ist das gleiche Wahlrecht nicht mehr aufzuhalten. Und trotzdem wagen es die Alldeutschen den deutschen und hauptsächlich preußischen und sächsischen Völkern zu weigern!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180524-18/fragment/page=0001

Wilsons Kampf gegen den Frieden.

Aus dem „freien" Amerika.

Washington, 22. Mai. (Reuter.) Präsident Wilson hat das Aufruhrgesetz genehmigt, durch das die Regierung weitgehende Befugnisse erhält, um Handlungen und Aeußerungen, die gegen die Landestreue verstoßen, zu bestrafen.

Ein ganzes Heer von amerikanischen Bürgern bevölkert heute die amerikanischen Gefängnisse, die meisten aus keinem anderen Grund, als weil sie sich harmlos etwa dahin geäußert haben, die Vereinigten Staaten würden ihrer Ansicht nach nicht siegen, oder auch das Kriegführen sei ein Unrecht. Der Mut der Ueberzeugung wird heute, nach Rußlands Befreiung vom Zarentum, wohl nirgends schärfer geahndet als in den Vereinigten Staaten.

Ein typisches Beispiel — so lesen wir in der Frankfurter Zeitung — ist der Fall des früheren Professors an der Universität Pennsylvania Scott Nearing. Dieser hatte eine Broschüre veröffentlicht, welche in 12 Kapiteln die wunden Punkte der Wilsonschen Politik in einer Weise berührt, die die Regierung allerdings sehr schmerzen muß. Im ersten Kapitel, das betitelt ist: „Gebt den armen Trusts eine Chance" läßt sich der Verfasser u. a. wie folgt hören:

Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten war der größte Sieg, den die amerikanische Plutokratie über die amerikanische Demokratie seit der Kriegserklärung an Spanien davongetragen hat. Die Plutokratie drängte zum Kriege, schrie nach ihm, bettelte auf ihm und bekam ihn schließlich. Ihr war der Krieg willkommen, weil er für sie eine Chance bedeutete, die Vereinigten Staaten noch mehr in ihre Gewalt zu bekommen.

Professor Nearing wendet sich weiter gegen die Einführung der Wehrpflicht in den Vereinigten Staaten, welche in ihrem Endziel dazu bestimmt sei, den imperialistischen Bestrebungen hinsichtlich Mexikos und des ganzen übrigen amerikanischen Erdteils zum Siege zu verhelfen. Er fährt dann fort:

Das Hauptbedenken, das man 1914 in Amerika gegen Deutschland geltend machte, war, daß Deutschland versucht sein möchte, mit dem Schwert seine Zivilisation den Vereinigten Staaten aufzukotroieren. Jetzt sind die Vereinigten Staaten selbst eifrig dabei, zu organisieren, fabelhafte Summen auszugeben, Soldaten auszubilden und Schiffe zu bauen, alles nur zu dem ausgesprochenen Zweck, um ihrerseits die amerikanische Zivilisation mit dem Schwert Deutschland aufzudrängen.

Professor Nearing wurde wegen dieser Veröffentlichung auf Grund des Spionagegesetzes in Anklagezustand versetzt und sieht einer langjährigen Kerkerstrafe entgegen. —

Ein anderer amerikanischer Schriftsteller, der seine Ueberzeugungstreue mit dem Verlust der Freiheit büßen muß, ist Dr. William J. Robinson. Er verfocht seine ketzerischen Ideen als Herausgeber einer Zeitschrift, betitelt Eine Stimme in der Wüste. Seine Feststellung ist um so bemerkenswerter, als er fast in jeder Zeile seiner Artikel seinen amerikanischen Patriotismus betonte. Aber gerade das ist ja das Charakteristische an der ganzen Hetze der Regierung. Nicht gegen vaterlandslose Gesellen richtet sie sich, sondern gegen die allerbesten Patrioten, die nur das Unglück haben, nicht derselben Ansicht wie Wilson zu sein. Dr. Robinson erklärt sogar ausdrücklich — und mehr kann eigentlich auch Wilson nicht verlangen — daß er „proalliiert" sei, aber was Wilson verlangt, ist die blinde Unterwerfung, das bedingungslose „Hinter-dem-Präsidenten-stehen", und diese Gefolgschaft verlegt ihm Dr. Robinson. Er führt u. a. in einem offenen Brief an den Präsidenten aus:

Ich habe bei der letzten Wahl für Sie, Herr Präsident, gestimmt; doch lassen Sie mich sagen, daß, wenn jemals ein Präsident unter falschen Vorspiegelungen gewählt worden ist, Sie es gewesen sind.... Wir Radikalen verstehen immer noch nicht, was Ihren Purzelbaum am 3. Februar 1917, dem Tage des Abbruchs der Beziehungen, veranlaßt hat. Deutschlands Blockade- oder Sperrgebietserklärung rechtfertigt dies sicher nicht. Sie wissen genau wie wir alle, daß England zuerst eine Blockade erklärt und unsere Post und unseren Handel gestört hat. Englands und Deutschlands Vorgehen bei sich lediglich in der Methode unterschieden..... Nur ein total Verrückter kann noch an die Möglichkeit einer Niederlage Deutschlands auf dem Schlachtfelde glauben. Was ist unter diesen Umständen zu machen? So schnell wie möglich Frieden zu schließen und im eigenen Hause Ordnung zu schaffen..... Indem wir unsere Söhne nach Frankreich senden, leisten wir Frankreich gar keinen Dienst. Wir ermutigen es nur, einen Krieg fortzuführen, der sich selbst mit fremder Hilfe auf die Dauer als selbstmörderisch für Frankreich erweisen muß.

Die Veröffentlichung eines sehr amüsanten fiktiven Gesprächs zwischen dem Deutschen Kaiser und Präsident Wilson hat die weit verbreitete amerikanische Zeitschrift The Metropolitan Magazine der Regierung verdächtig gemacht. Die Unterhaltung läuft darauf hinaus, daß der Deutsche Kaiser dem Präsidenten die vielen Doppelzüngigkeiten seiner Politik in schlagender Weise und unwiderlegbar vorhält und ihn so in die Enge treibt, daß er schließlich gar keine Antwort mehr findet. Der Kaiser erinnert Wilson an eine seiner Reden, in welcher der Präsident erklärt hatte, daß die Regierungsgewalt gerechterweise von der Zustimmung der Regierten abgeleitet sein müsse. „Aber wie verträgt es sich damit", fragte der Kaiser, „daß Sie, Herr Präsident, dem Volk von Portorico nicht gestatten, seine eigene Regierung einzusetzen? Sie halten Portorico mittels Eroberung unter dem Segen des Schlachtengottes besetzt. Gut so; Ihre öffentlichen Reden sind eben nur Konzessionen an den romantischen Idealismus Ihrer Untertanen." Im Laufe des weiteren Gesprächs macht der Kaiser dann dem Präsidenten klar, daß Kuba, Haiti, San Domingo und die mittelamerikanischen Staaten nichts als Vasallen der Vereinigten Staaten seien. Er gibt ihm den Rat, seine verschiedenen Reden mit geographischen Fußnoten zu versehen, damit man immer gleich erkennen könne, für welche Länder er dieses Prinzip, für welcher er ein anderes angewendet zu wissen wünsche.

Die Fälle, in denen als Pazifisten Verdächtige halb tot geprügelt werden, häufen sich. Es sind bereits mehrere Lynchmorde an Gegnern der Wilsonschen Kriegspolitik begangen worden; Arbeiterführer in den Weststaaten haben hier durchaus gesetzmäßige Opposition mit dem Leben bezahlen müssen, ein Deutsch-Amerikaner wurde von dem Mob vor die Stadt gefahren und zu Tode gequält. Die amerikanische Regierung hütet sich natürlich, solche Dinge ausdrücklich zu billigen. Aber sie tut auch nicht das Geringste, sie zu ahnden oder künftig zu verhüten. Die moralische Verantwortung für alle diese Barbarei kann Herr Wilson nicht abschütteln.

Der Krieg zur See.

Berlin, 23. Mai. (Amtlich.) Von unseren U-Booten wurden im Sperrgebiet um England wiederum 1500 Br.-R.-T. feindlichen Handelsschiffsraum versenkt. Die Erfolge wurden vorwiegend an der Ostküste Englands bei starker feindlicher Gegenwirkung erzielt. Zwei Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der infolge Schiffsraummot entstandene Holz- und Papiermangel führten nunmehr dahin, daß die englischen Zeitungen ihren Umfang kürzen müssen. Zum erstenmal erschien am 4. Mai die Daily News in ganz kleinem Format und nur in einem Bogen. Der Verlag erklärt die Papierknappheit mit dem Mangel an Schiffen, die zum Transport von Lebensmitteln und Truppen nötig sind. Lebensmittel aber, wenigstens was Fleisch anbetrifft, sind ebenso knapp vorhanden wie Papier. Der Stadtverordnete Wyle führte am 16. April auf einer Versammlung der Hausbesitzschlächter in Birmingham aus: Die Einschränkung der Fleischration kann ernste Folgen haben. Abgeordnete aus den Industriebezirken, besonders Vertreter der Rüstungsarbeiter, erklärten, daß die pro Kopf und Woche zuständige Fleischmenge im Werte von 85 Pfennig für die Schwerarbeiter völlig unzureichend sei. Die bemitleidenswerte Lage der englischen Pferde schildert Generalsekretär Fairholme vom königl. britischen Tierschutzverein in einer Zuschrift an die Times vom 3. Mai. Darin heißt es wörtlich: „Durch Unterernährung und Ueberarbeitung siechen unsere Land- und Stadtpferde dahin. Viele von ihnen hungern sich zu Tode, denn das Futter ist schlecht. Auf einigen Gestüten ist die Sterblichkeitsziffer auf das doppelte gestiegen. Sie beträgt jetzt 50 Proz.

Alle diese Erscheinungen sind auf die Rohstoff vertilgende Wirtung des U-Boot-Krieges zurückzuführen.

Untergegangen.

Bern, 23. Mai. Matin meldet aus Washington: Der amerikanische Frachtdampfer Mac Calough wurde in den europäischen Gewässern durch eine Mine oder einen Torpedo versenkt.

Ein holländischer Dampfer von England aufgebracht.

Amsterdam, 23. Mai. Nach dem heute in Ymuiden eingetroffenen amtlichen Bericht wurde der Schleppdampfer „Ymuiden 362 Elisabeth" von englischen Seestreitkräften nach Harwich aufgebracht.

Eine Rede Lord Cecils.

Rotterdam, 23. Mai. Bei einem Frühstück, das der Bürgermeister von London zur Erinnerung an den dritten Jahrestag des Eintritts Italiens in den Krieg gab, setzte Lord Cecil die unendliche Reihe der englischen Ministerreden der letzten Zeit fort. Das vorige Jahr sei, sagte er, voll wichtiger Ereignisse gewesen, aber mit Ausnahme Rußlands seien alle Verbündeten mit unvermindeter Kraft aus dem Kampf hervorgegangen. In erster Linie Italien. Italien habe eine ernstliche Prüfung durchgemacht, die größer gewesen sei, als irgend eine der anderen Alliierten. Aber sein Widerstand an der Piavelinie werde zu allen Zeiten zu den berühmtesten Leistungen der Kriegsgeschichte zählen. Die Ereignisse in Rußland bewiesen die Notwendigkeit von Taten statt der Worte. Menschen, die stets das Gute betonen, seien der Meinung, daß man den Deutschen nur versöhnlich zu kommen brauche, um sie zu veranlassen, aus unserer Hand zu essen. Das sei aber ein Mißverstehen deutscher Art. Der Vertrag von Brest-Litowsk liefere den besten Beweis dafür. Die Friedensresolution des Reichstages sei zum Werte eines Stückes Papier erniedrigt worden, genau so wie die demokratische Wahlreform in Preußen. Wir sehnen uns danach, fuhr Cecil fort, allen Mitern Freiheit und Unabhängigkeit zu sichern. Für die zukünftige Regelung der Dinge können wir uns nicht an die Höfe und Kabinette halten, sondern an die Nationen und Völker. Davon hängt der ganze Bestand des Völkerbundes ab.

Deutsch-italienisches Gefangenenabkommen.

Berlin, 23. Mai. Am 15. Mai ist in Bern auf Grund von Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der italienischen Regierung eine Vereinbarung über Kriegsgefangene und Zivilpersonen unterzeichnet worden. Nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung sollen insbesondere die beiderseitigen schwerverwundeten, schwerkranken Kriegsgefangenen und das Sanitätspersonal in die Heimat entlassen werden. Darüber hinaus wird aber auch ein erheblicher Teil der in italienischen Händen befindlichen gesunden deutschen Kriegsgefangenen befreit werden. Es sollen nämlich die über 45 Jahre alten Kriegsgefangenen und die Kriegsgefangenen, die im Alter zwischen 40 und 45 Jahren stehen und Väter von drei oder mehr Kindern sind, sowie eine Anzahl deutscher Kriegsgefangener, die sich über 18 Monate in Gefangenschaft befinden, Kopf um Kopf ausgetauscht werden. Außerdem sind für die Behandlung der beiderseitigen Kriegsgefangenen Richtlinien festgelegt worden, die im allgemeinen den mit Frankreich im Dezember 1917 vereinbarten und im Abkommen vom 15. März 1918 niedergelegten Bestimmungen entsprechen. Die Bestimmungen des deutsch-italienischen Abkommens kommen auch den in italienischer Gewalt befindlichen Kriegsgefangenen zugute, die von serbischen Truppen an Italien übergeben worden sind. Aus den Bestimmungen, die zum Schutze der beiderseitigen internierten oder verschickten Zivilpersonen vereinbart worden sind, ist hervorzuheben, daß die in italienischen Kolonien befindlichen deutschen Zivilpersonen auf Wunsch nach Italien überführt werden. Besonderer Dank gebührt der schweizerischen Regierung, unter deren verständnisvoller Leitung die Verhandlungen vor sich gegangen sind. In gleicher Weise ist der Verdienste des Papstes zu gedenken, welcher in Fortsetzung seiner unermüdlichen Bestrebungen um Linderung des Loses der Gefangenen in hochherziger Initiative Interesse an dem Zustandekommen der deutsch-italienischen Verhandlungen bekundet und damit von neuem ein Werk edler Menschlichkeit gefördert hat.

Verhandlungen über die Behandlung der deutschen und amerikanischen Gefangenen.

Amsterdam, 23. Mai. Reuter meldet aus Washington: Das Ministerium des Aeußern macht bekannt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten durch Vermittlung der spanischen Botschaft in Berlin Deutschland vorgeschlagen habe, in Bern eine Konferenz zur Besprechung der Behandlung der deutschen und amerikanischen Kriegsgefangenen abzuhalten.

Amerika gegen Holland.

Rotterdam, 22. Mai. Associated Preß meldet aus Washington: Die amerikanische Regierung antwortete auf die Bitte der holländischen Regierung, drei Schiffe der jetzt in amerikanischen Häfen liegenden Flotte mit dem vom Präsidenten der Vereinigten Staaten versprochenen Getreide zu senden, daß dazu keine Erlaubnis erteilt werden könne. Um weitere Verzögerungen in der Getreideverschiffung zu verhindern, müßten Schiffe aus Holland geschickt werden.

Die vorstehende Nachricht findet ihre Ergänzung in folgender Mitteilung des Nieuwe Rotterdamschen Courants vom 18. Mai abends: Der holländische Kolonialminister telegraphierte dem Generalgouverneur von Holländisch-Ostindien, daß die Zuschierung, daß holländische Schiffe in Nordamerika Munitionsladungen erhalten könnten und bedingungslos auslaufen könnten, von der Regierung der Vereinigten Staaten nicht zu erlangen ist. Hieraus geht klar hervor, daß die Vereinigten Staaten offen darauf ausgehen, den holländischen Schiffsraum aus den niederländischen Häfen herauszulocken, um ihn dann ebenso wie den bereits beschlagnahmten wegzunehmen. Die niederländischen Reedereien werden sich vor weiterem Raub nur dadurch schützen können, daß sie ihre Schiffe in niederländischen oder sicheren neutralen Häfen stillegen. Daß die Vereinigten Staaten in der Lage wären, die wenigen Schiffe, die für die Versorgung des holländischen Volkes mit den notwendigsten Lebensmitteln erforderlich sind, zu entbehren, ist selbstverständlich. Wenn sie den holländischen Lebensmittelschiffen die Ausfahrt aus den Häfen der Vereinigten Staaten verwehren, so tun sie das mit bestimmter Absicht, sie wollen Holland den amerikanischen Forderungen gefügig machen. Holland gehört nicht zu den Großmächten, gleichwohl ist das Gewicht seiner militärischen Macht bei der augenblicklichen Kriegslage auf dem Kontinent doch nicht so geringfügig, daß man es in politischen Spielen ohne weiteres vernachlässigen dürfte. So ist sehr wohl möglich, daß ein entschiedenes Auftreten des holländischen Volkes gegenüber der Entente die Lage der Niederlande wesentlich bessern könnte.

Verlorene Hoffnungen auf Elsaß-Lothringen.

Nach einer Havasmeldung hat der frühere Reichstagsabgeordnete von Metz, Georg Weill, der jetzt in der französischen Militärverwaltung als Hauptmann Dienst tut, in Marseille einen Vortrag über Elsaß-Lothringen gehalten. Er bezeichnete die Ansicht, daß die elsaß-lothringische Frage ein Friedenshindernis sei, als falsch. Elsaß-Lothringen sei nur ein Siegeszeichen im Kampf der Rechtsanschauungen zwischen Vierbund und Verband. Dort gelte der Grundsatz der Beherrschung, hier der der Selbstverwaltung. „Wenn die Elsaß-Lothringer unglücklicherweise nicht wieder französisch werden sollten", meinte er zum Schluß, „so würde das bedeuten, daß auch diesmal das alte Recht wieder am stärksten gewesen ist". Diese Worte klingen wahrhaftig nicht hoffnungsfreudig. Sie sind geradezu ein Eingeständnis der Nichterfüllbarkeit der französischen Eroberungsträume.

Aburteilung der Irenführer erst nach Friedensschluß.

Genf, 24. Mai. Petit Parisien meldet aus London: Das englische Kabinett will die Sinnfeiner-Führer erst nach dem Friedensschluß verurteilen. Bis dahin beiben sie in Kerkerhaft, weil die Tätigkeit der Kriegsgerichte die Revolution noch umfangreicher machen müßte.

(Auch die dauernde Verhaftung ihrer Führer wird nicht zur Beruhigung der Iren beitragen.)

Unter schwerem Feuer.

Berlin, 23. Mai. Hagebrout, Morbecque, Isbergues, Lillers, Schacht 6 von Noeux und das Stahlwerk Grenay wurden erneut mit schwerem Feuer belegt. Im Maichinenhaus von Grenay verursachten unsere Treffer zahlreiche starke Explosionen.

In der Nacht zum 22. Mai wurde durch Bombenabwurf ein großes feindliches Munitionslager 8 Kilometer nordwestlich Abbeville unter ungeheuren Explosionen in die Luft gesprengt. In Le Bourget wurden zehn lange Schuppen in Brand gesetzt. Weit hörbare Explosionen dauerten lange Zeit an.

Berlin, 23. Mai. Die rücksichtslose Beschießung von Laon betraf am 22. Mai die unschuldige Zivilbevölkerung erneut schwer. Mehrere Einwohner wurden getötet oder verwundet. Auch feindlichem Bombenabwurf auf Laon fielen mehrere Einwohner zum Opfer.

Zwei Milliarden deutsches Eigentum in Amerika beschlagnahmt.

Amsterdam, 23. Mai. Times meldet aus Neuyork: Der Verwalter fremden Eigentums in den Vereinigten Staaten, Mitchell Vollmer, sagte in einer Rede, daß vielleicht bis zu zwei Milliarden deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten beschlagnahmt würden.

Kriegszustand mit Nikaragua.

Berlin, 24. Mai. Wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hört, ist die Nachricht, daß Nikaragua den Kriegszustand mit Deutschland und Oesterreich erklärt hat, nunmehr amtlich bestätigt.

Eine neue amerikanische Militärvorlage.

Haag, 23. Mai. Aus Washington wird gemeldet: Präsident Wilson hat eine neue Militärvorlage unterschrieben, in der er den 3. Juni als den Tag anweist, an dem alle jungen Leute, die bis zum 3. Juni 1917 das 21. Lebensjahr erreicht haben, sich für den Kriegsdienst melden müssen. Sie werden aber nicht eingezogen werden, so lange noch junge Männer des ersten Jahrganges verfügbar sind.

Bethune in Flammen.

Genf, 23. Mai. Nach einer Meldung des Progres de Lyon steht Bethune infolge der heftigen deutschen Beschießung in Flammen. Der heftige Wind bewirkte, daß sich der Brand über die ganze Stadt ausdehnte.

Finnland nach dem Siege der Weißen.

J. K. Die gegenwärtige Regierung Finnlands hat sämtliches den Gewerkschaften, Genossenschaften oder sonstigen Arbeiterorganisationen gehörende Vermögen in den von der Revolution betroffenen Gebieten unter behördlich Verwaltung gestellt. Dem Landtage soll alsbald eine Vorlage über Einschränkung der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit zugehen. Gegen sämtliche Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion — mit Ausnahme von 6—7 — wird Anklage wegen Hochverrats erhoben werden, und diejenigen, deren man habhaft werden konnte, sind bereits verhaftet worden. An den gegenwärtigen Landtagsverhandlungen nehmen nur noch drei sozialdemokratische Abgeordnete teil — gegenüber 95 vor dem Revolutionsversuch.

Der Aufstandsversuch der finnischen Sozialdemokratie ist nicht nur durch Waffengewalt niedergeworfen worden, sondern droht auch die ganze Partei zu zerstören. Ein zunächst nicht großer Teil der Partei lehnte von vornherein die Teilnahme an dem Versuch ab, die Diktatur des Proletariats mit Gewalt zu errichten. Diese Gruppe sammelt sich um die Zeitung Työn-Valta und ihren Herausgeber Kosonen. Dieser bezeichnete den Bürgerkrieg als eine nationale Schande, als ein Zeichen der Schwäche der finnischen Kultur. Gegen eine von vornherein unüberwindliche Uebermacht seien die finnischen Arbeiter sinnlos wie Wilde angerannt. Das Ergebnis sei, daß die sozialdemokratische Partei zersprengt und vollständig geschlagen wäre. Die sozialdemokratische Partei Finnlands habe im Dienste der russischen Halbanarchisten Selbstmord begangen. Nur über den Kopf des Parteitages hinweg habe man eine so verwerfliche Taktik einschlagen können. Nicht ein Beschluß der finnischen Sozialdemokratie, sondern der Einfluß der Frau Kollontay habe Finnland zum Versuchskaninchen der Revolution erniedrigt.

Kosonen bestreitet auch, daß die Bourgeoisie diesen Klassenkrieg provoziert hätte, die Gründung der Milizen sei notwendig gewesen, nicht als Kampfmittel gegen die Arbeiterklasse, sondern um mit der Selbständigkeit Finnlands ernst zu machen. Jeder Finnländer hätte sich diesen Schutzkorps anschließen sollen. Statt dessen hätten die Rotgardisten die Russen herbeigerufen und mit ihrer Hilfe die gesetzliche Regierung verjagt. Työn-Valta tritt sogar dafür ein, daß die Führer der Rotgardisten für ihre Handlungen im Bürgerkrieg zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen würden. Man müsse eine neue sozialistische Partei aus den Trümmern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180524-18/fragment/page=0002

der alten errichten, die mit reinen, gesetzlichen Mitteln für die Interessen der Arbeiter kämpfe.

Die revolutionäre Richtung der finnischen Sozialdemokratie kann gegenwärtig auf diese Vorwürfe nicht antworten, geschweige denn die Verfolgungen abwehren. Aber wie immer man über Recht oder Unrecht bei dem finnischen Aufstand urteilen mag, die Tatsache dürfte feststehen, daß er die hoffnungsreiche sozialistische Bewegung in Finnland um Jahrzehnte zurückgeworfen hat.

Die Konsequenz der Brotkürzung.

Die erhebliche Verkürzung der Brotration gibt der betroffenen Bevölkerung alle Ursache, gebieterische Forderungen an das Kriegsernährungsamt zu stellen. Die Berechtigung dazu ist um so größer, als die Bevölkerung seit langem in dem Glauben erhalten wurde, als werde sie diesmal ohne einschneidende Eingriffe in die Ernährungsweise davonkommen. Die selbstverständliche Folgerung besteht darin, daß mit allem Nachdruck die erheblichen Fehlerquellen auf den einzelnen Gebieten schleunigst verstopft werden.

Betrachtet man zunächst den Kalorienwert, der auf Grund von Rationierungsvorschriften der Bevölkerung zugeführten Nahrungsmittel, so kommt nach Berechnungen in zahlreichen nord-, mittel- und süddeutschen Städten die tägliche Durchschnittskalorienmenge über 1100 bis 1200 nicht hinaus, während die notwendige Bedarfsziffer von Ernährungsphysiologen bei ruhig lebenden Menschen auf 2400, bei körperlich tätigen auf 3000 angegeben wird. Selbst unter Einbeziehung der verkehrsfreien Waren wird das Normalmaß von den meisten Menschen, die auf Zuschüsse aus dem Schleichhandel verzichten müssen, schon um deswillen nicht erreicht, weil sie die Festmengen gar nicht aufbringen können.

Der angeklingte Ausgleich durch Nährmittel und Zucker überwiegt zwar der Kalorienverlust der wegfallenden Brotmenge, aber das Sättigungsgefühl wird nicht in dem Maße erreicht wie beim Brot. Jedenfalls erheischt die jetzige Lage nachdrücklichst Maßregeln zur Verstopfung der vielen Lücken, sowohl durch sorgfältiges Erfassen der Produktion am Erzeugungsort wie durch rücksichtslose Bekämpfung des Schleichhandels.

Einige der wichtigsten Fehlerquellen seien hier gezeigt:

1. Fleisch: Es besteht kein Zweifel, daß gerade die Fleischversorgung zu den schwierigsten Dingen kommunaler Verteilungswirtschaft gehört. In den meisten Kommunalverbänden scheut man sich immer noch vor unbegreiflicher Scheu vor dem Metzgergewerbe vor der Einführung des Regierungsbetriebes. Gerade in der Zuteilung von lebendem Vieh an die einzelnen Metzger oder Metzgergruppen und in der schablonenmäßigen Umrechnung in ein vermutliches Schlachtnettogewicht liegt die allergrößte Fehlerquelle. Der Metzger schlachtet das Vieh in der Regel weit vorteilhafter aus, als ihm an Schlachtgewicht angerechnet wird. Er ist somit in der Lage, den Ueberschuß unkontrollierbar entweder zu Wurst zu verarbeiten oder an zahlungsfähige Kunden abzusetzen. Das Reich muß daher seinen ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß die Schlachtungen nur auf kommunalem Wege vor sich gehen. Erfahrungen, die heute genügend darüber vorliegen, zeigen mit aller Deutlichkeit, daß auf diesem Wege die Erfassung der gesamten Schlachtausbeute viel rationeller vor sich gehen und der Allgemeinheit bis zu einem Drittel mehr an Fleisch und Wurst zugeführt werden könnte. Die Metzger sind in diesem System nur Verkäufer, und sie dürfen nur so viel Fleisch und Wurst zur Verteilung erhalten, als der bei ihnen eingetragenen Kundenzahl entspricht. Ein unrationierter Verkauf ist dabei so gut wie ausgeschlossen, womit ein berechtigter Grund zur Mißstimmung in der Bevölkerung beseitigt ist.

2. Milch, Butter, Käse, Eier. Die ständigen Preiserhöhungen für Milch sind der Bevölkerung immer mit der Begründung schmackhaft gemacht worden, daß damit eine vermehrte Anlieferung zu erwarten sei. Die Landwirte selbst haben die Mehrlieferung immer wieder von Preiserhöhungen abhängig gemacht. An sich lag darin das Zugeständnis des absichtlichen Zurückhaltens, denn es ist nicht einzusehen, wie man mit einem höheren Milchpreis das Mehrziel zu erhöhter Milchproduktion veranlassen kann. Daß die Milchproduktion an sich zurückgegangen, ist bei dem Ausfall an Kraftfuttermitteln selbstverständlich und auch die Berechtigung erhöhter Preise ist voll anzuerkennen. Aber beides ist übertrieben. Weder ist die Milchproduktion in dem Maße zurückgegangen, wie es heute dargestellt wird, noch sind die jetzigen Preise berechtigt, zumal wenn man bedenkt, daß die Milchproduktion vor dem Kriege in den meisten Wirtschaften als Nebenbetrieb galt und nur so viel Großvieh gehalten wurde, als der Umfang des Betriebes notwendig verlangte. Die in der Hauptsache auf Milchwirtschaft eingerichteten Betriebe haben die Einwirkungen des Krieges viel schwerer zu spüren bekommen.

Selbst das lächerlich geringe Lieferungssoll von durchschnittlich zwei Litern von jeder Kuh steht in den meisten Kommunalverbänden auf dem Papier. Auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß eine Menge Milchvieh als Zuchtziere minder leistungsfähig ist, müßte der angegebene Durchschnitt des Ablieferungssolls überall zu erreichen sein. Wäre das der Fall, dann stände es mit der Milchversorgung wesentlicher besser. Daß mehr Milch produziert wird, beweist die Butter, die dem Schleichhandel als ausgeht. Zur Herstellung von einem Pfund Butter sind durchschnittlich 14—15 Liter Milch nötig. Man kann sich also leicht ein Bild davon machen, um wieviel profitlicher das heimliche Verbuttern ist, wenn man Hamsterer preise von 8—12 M. zugrunde legt.

Die Milchversorgung der Städte könnte weit besser sein, wenn es den Kommunalverbandsbehörden in der Regel nicht an Mut zum energischen Eingreifen fehlte. Zwar sparen sie nirgends mit scharfen Drohungen, aber selten werden die angekündigten Maßnahmen durchgeführt. Weshalb s. B. scheut man davor zurück, renitenten Bauern angeblich minderleistungsfähiges Milchvieh zu Schlachtpreisen zu entnehmen und bei anständig denkenden Landwirten, deren es verschwindend gibt, unterzustellen? Weshalb nicht rücksichtslos durchgeführte Beschlagnahme der Separatoren, der Sperrung des Bezugs von Petroleum, Zucker, Teigwaren und anderen Dingen, die der Selbstversorger von der öffentlichen Wirtschaft zugewiesen erhält? Weshalb nicht dasselbe renitenten Hühnerhaltern gegenüber bei mangelhafter Eierablieferung? Dem Hühnervolk ist es niemals eingefallen, so ausnehmend wenig Eier zu produzieren, als ihm von den Besitzern unterstellt wird. Wie die Butter, so wandern auch die Eier in die Schleichhandelskanäle. Weshalb bloß leere Drohungen und keine Taten? Nur einige Proben aufs Exempel und der Erfolg wäre gesichert. Weshalb klappt die Ablieferung dort weit besser, wo das „Pflichtbewußtsein" der Landwirte durch kräftiges Zugreifen der Behörden geschärft wird?

3. Der Getreidebau geht zum Schaden der Brotversorgung immer mehr zurück. Schuld daran ist die unsinnige Preisgestaltung für Kartoffeln, die es dem Landwirt bequemer und vorteilhafter erscheinen läßt, auf den Getreidebau immer mehr zu verzichten und sich dem weit profitableren Anbau von Rüben zu widmen? Die diesjährige Preisfestsetzung für Rüben, Möhren usw. wird einen weiteren Rückgang der Getreideanbaufläche zur Folge haben. Man wird zur Verhinderung dessen das Experiment früherer Jahre wiederholen, indem man auch diesmal wieder die Getreide- und Kartoffelpreise heraufsetzt. Die Sache kommt also wieder so, daß dem Erzeuger hohe Rübenpreise gesichert werden und außerdem noch höhere Preise für Kartoffeln und Getreide. Wenn man schon von der falschen Preisstellung nicht abgehen will, weshalb führt man dann nicht zum wenigsten einen neuerlichen Anbauzwang durch in der Weise, daß den Erzeugern eine prozentual auszuschlagende Verminderung der letzten Rübenanbaufläche zur Pflicht gemacht wird? Wohin die bisherige Politik führt, zeigen die enormen Rübenmassen, mit denen fast sämtliche Trockenwerke unaufhörlich nun überladen werden. Das Erzeugnis wird zwar so erhalten, aber die Ueberfülle zeigt doch, daß sie den Bedarf erheblich übersteigt und daß auf der dafür in Anspruch genommenen Fläche weit wertvollere Nahrungsmittel hätten erzeugt werden können.

Man mache sich doch klar: Einen Anreiz zur Ablieferung bilden für den Landwirt immer nur mit hohen Preisen ausgestattete Produkte, aus denen er im Verhältnis zu andern Erzeugnissen eine größere Gesamtsumme herausschlagen kann. Der Reinverdienst aus einem Hektar Getreide ist aber um ein vielfaches niedriger, als die gleiche Fläche mit Hackfrüchten ergibt. Der Erzeuger wird also zunächst die für ihn einträglichere Rübe abzustoßen versuchen und inzwischen Getreide verfüttern oder dem Schleichhandel übergeben. Aber auch der oft gehörte Einwand ist nicht richtig, daß zum Schluß die verfütterte Menge an Getreide und Kartoffeln zu wieder in Gestalt von Fleisch und Fett in Erscheinung trete.

Die Reihe empfindlicher Lücken in der öffentlichen Bewirtschaftung ist mit der vorstehenden Aufzählung natürlich nicht erschöpft. Es sind nur diejenigen gezeigt worden, die mühelos verstopft werden können, lediglich durch strammere Handhabung oder geringfügige Ergänzungen der bestehenden Bestimmungen. Große Mengen ließen sich so gewinnen, die heute auf Nebenwegen verschwinden.

Daß als notwendige Folge der Brotverkürzung eine schärfere Erfassung der Produktion überhaupt eintreten muß, sollte keine Frage mehr sein. Verlangt werden muß die Rationierung von Geflügel, Fischen und manchen andern Dingen, die heute ausschließlich von den zahlungsfähigen Kreisen verzehrt werden. Das Volk muß wissen, daß alles getan wird, um die bestehenden Ungleichheiten restlos zu beseitigen!

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet unterm 28. Mai: „Der Ausschuß des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten trat gestern nachmittag im Hause des Reichskanzlers unter dem Vorsitz des bayrischen Ministerpräsidenten Dr. v. Dandl zu einer Sitzung zusammen. Der Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling machte Mitteilungen über die gelegentlich des Besuchs des Kaisers Karl im Großen Hauptquartier gepflogenen Besprechungen. Der Staatssekretär Dr. v. Kühlmann gab einen Ueberblick über die gesamte politische Lage und erörterte insbesondere die Aufgaben, die im Osten bereits gelöst sind und noch der Lösung harren. Daran schloß sich eine Aussprache, in deren Verlauf der Reichsleitung Dank und Anerkennung für das bisher Vollbrachte ausgesprochen wurde."

Durch diese offiziöse Mitteilung erfährt man über die Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, über die schon so viel in der Presse geschrieben und geraten worden war, gar nichts.

•

Der Fliegerangriff auf Köln.

Der Reichstagsabgeordnete Auchhoff (Köln-Land) hat folgende Anfrage an den Reichskanzler gestellt:

„Am 18. Mai hat ein feindlicher Fliegerangriff auf die Stadt Köln außerordentlich zahlreiche Opfer an Toten und Verwundeten gefordert. Aus den näheren Umständen geht hervor, daß es dem Feinde weniger darauf ankam, militärischen Schaden anzurichten, als vielmehr die schutzlose Bevölkerung grausam zu töten. Eine rechtzeitige Warnung der Bevölkerung hat vollständig gefehlt. Ist der Herr Reichskanzler bereit, eine Feststellung darüber zu veranlassen, weshalb und ob eine solche Warnung nicht rechtzeitig hat erfolgen können, und ob es nicht möglich ist, einen wirksameren Schutz der den feindlichen Fliegerangriffen am meisten ausgesetzten Orte herbeizuführen? Ist der Herr Reichskanzler weiter bereit, Anregungen zu veranlassen oder Bestrebungen zu unterstützen, die dem sinnlosen Mord von Frauen und Kindern durch Abmachungen internationaler Art endlich ein Ende zu machen?"

Auf Grund einer eingehenden Vernehmung der sämtlichen beteiligten Stellen ist die Anfrage vom Reichskanzler dahin beantwortet worden:

„Durchaus sichere Mittel zur Verhinderung von Luftangriffen gibt es nicht; in erster Linie steht eine gute Flugabwehr, sodann die Drohung von Vergeltungsangriffen gegen die feindlichen Hauptstädte. Nach beiden Richtungen ist die Heeresverwaltung tätig. Nach Zeitungsnachrichten haben sich in der französischen Kammer und ganz besonders im Gemeinderat der Stadt Paris ernste und eindringliche Stimmen für eine Verständigung der kriegführenden Parteien über die Einstellung von Fliegerangriffen gegen Städte außerhalb des Operationsgebietes erhoben. Zu bestimmten Anträgen von feindlicher Seite hat dies bisher nicht geführt. Sollte dies geschehen, so würden zunächst die militärischen Stellen mit der Prüfung des Antrages befaßt werden."

Deutscher Heeresbericht vom 23. Mai.

Großes Hauptquartier, 23. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Kemmel-Gebiet hielt gesteigerte Feuertätigkeit an. An der übrigen Kampffront lebte die Gefechtstätigkeit erst am Abend in einzelnen Abschnitten auf. Während der Nacht lebhafte Tätigkeit der Franzosen auf dem Westufer der Avre.

Mehrfach wurden Vorstöße des Feindes abgewiesen und bei eigenen Erkundungen Gefangene eingebracht.

Auf dem Kampffelde an der Lys wurden gestern unter anderem drei amerikanische Flugzeuge abgeschossen.

Die in letzter Zeit sich mehrenden feindlichen Fliegerangriffe gegen belgisches Gebiet haben der Zivilbevölkerung schwere Schäden und Verluste zugefügt. Militärischer Schaden entstand nicht.

Durch erfolgreiche Bombenabwürfe werden große Munitionslager des Feindes nordwestlich von Abbeville vernichtet.

Paris wurde mit Bomben beworfen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Österreich.

Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion.

Wien, 23. Mai. Unter überaus zahlreicher Beteiligung von hervorragenden Vertretern der Volkswirtschaft aus dem Deutschen Reiche, Ungarn und Oesterreich haben heute die für zwei Tage in Aussicht genommenen Beratungen der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Deutschland, Oesterreich und Ungarn ihren Anfang genommen. Den Gegenstand der Verhandlungen bildet die Frage der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in den Staaten Mitteleuropas.

•

Sicherstellung der Volksernährung.

Wien, 23. Mai. Wegen der Durchführung der bei den jüngsten Berliner Besprechungen über die Sicherstellung der Volksernährung zustandegekommenen Vereinbarung fand am 21. Mai eine Besprechung unter dem Vorsitze des Ministerpräsidenten v. Seidler statt, an der der Sektionschef Gratz vom Ministerium des Aeußern, ein Vertreter des Armeeoberkommandos, der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr, der Präsident des Volksernährungsamtes Paul und Sektionschef Riedl teilnahmen.

Für Arbeitslosenversicherung und Angestelltenkammern.

In Berlin hielt in den beiden Pfingstfeiertagen der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte seine Hauptversammlung ab, die von einhundert Delegierten aus allen Teilen Deutschlands besucht war. Den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete ein Vortrag von Frl. Margarete Braunert-Berlin über Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosenversicherung muß obligatorisch sein und alle selbständig Erwerbenden bis zu einer gewissen Einkommensgrenze umfassen, denn die Erfahrungen mit fakultativen örtlichen Kassen sind ungünstig gewesen. Sie muß durch Altersgrenzen nach beiden Richtungen hin begrenzt und durch Ausnahmezwang angemessener Arbeit vor Ausbeutung geschützt sein. Nur verschuldete Arbeitslosigkeit soll den Versicherungsfall ausschließen. Die Arbeitslosenversicherung muß unparteiisch sein und bei Lohnkämpfen ausscheiden. Deshalb muß hier ein Schiedsgericht angegliedert sein, um bei Streik und Aussperrungen zu entscheiden, beziehungsweise ihm vorzubeugen. Die bisherigen Einrichtungen haben sich als unvollkommen erwiesen, denn sie haben nur einen Teil der unselbständig Erwerbenden erfaßt, und sind auf Gemeinden, Kommunalverbände oder einen Teil bestimmter Berufe beschränkt worden.

Mit Interesse wurden die Erörterungen über die Abänderungen des „sozialen Programms" verfolgt. Im Anschluß hieran gelangte einstimmig folgende Entschließung zur Annahme:

„Die Versammlung richtet an die gesetzgebenden Körperschaften die dringende Forderung, ein Gesetz zur Schaffung einer Arbeitnehmer-Interessen-Vertretung mit größter Beschleunigung zur Verabschiedung zu bringen. In der Form ist dafür Sorge zu tragen, daß der Wille der Arbeitnehmer, und zwar der Arbeiter wie der Angestellten unzweideutig und uneingeschränkt zum Ausdruck kommt. Angesichts der weitgehenden Interessengemeinschaft der Arbeitnehmer hält die Versammlung die Einbeziehung der Angestellten in die allgemeinen Arbeitnehmerkammern für das zweckmäßigste und billigste. Sollte diese Forderung die Mehrheit bei den gesetzgebenden Körperschaften nicht finden, so fordert die Hauptversammlung die unverzügliche Einbringung des in Aussicht gestellten Gesetzentwurfes für Angestelltenkammern, damit vor Abstimmung über den vorliegenden Entwurf des Arbeitskammergesetzes Sicherheit gegeben ist, daß in besonderen Kammern den Angestellten die gleichen Obliegenheiten und Rechte gewährleistet werden, wie den Arbeitnehmern in den allgemeinen Kammern."

Im Laufe der weiteren Beratungen wurde noch einer weiteren Entschließung einstimmig zugestimmt: „Die Versammlung hält es für dringend geboten, eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsfürsorge im Versicherungswege als Friedenseinrichtung herbeizuführen, und ersucht die Reichsregierung, die erforderlichen Vorarbeiten unverzüglich in Angriff zu nehmen."

Aus der Partei.

Unabhängige Wünsche und Tatsachen.

Die Leipziger Volkszeitung hatte die Nachricht verbreitet, die Parteiorganisation des 9. sächsischen Wahlkreises (Freiberg-Oederan) habe sich den Unabhängigen „zugewandt". Die Volkszeitung für Freiberg schreibt dazu: Die Leipziger Volkszeitung, die aus jeder Blüte Honig zu saugen versucht, dürfte eine Enttäuschung erleben, die Vorgänge der Generalversammlung des 9. Kreises zugunsten der unabhängigen Bewegung umzumünzen. Wohl sucht sich auch die Kreise, die die Mehrheitspolitik als im Interesse des Proletariats liegend erachtet und vertreten haben, nach dem Brest-Litowsker Friedensschluß diese Politik für bedenklich halten. Ungeachtet dessen dürfte sich niemand finden, der deshalb die Organisation spalten und zu den Unabhängigen übertreten wollte. Das haben selbst die Führer der Opposition rückhaltslos erklärt. Die Tatsache, daß zur Landeskonferenz ein überzeugter Anhänger der Mehrheitspolitik gewählt wurde, spricht auch nicht dafür, daß eine Schwenkung im Sinne der Leipzigerin vollzogen wurde. Das Blatt dürfte auch schwerlich Genossen, die zwar aus den mannigfachsten Ursachen die Mehrheitspolitik für bedenklich halten, die aber ungeachtet dessen die Notwendigkeit der Zeichnung von Kriegsanleihen bzw. die Bewilligung von Kriegskrediten erkannten und dementsprechend in den Körperschaften, in denen sie die Arbeiterschaft vertreten, für diese Zeichnung stimmten, für sich in Anspruch nehmen. Genossen aber, die zwar mit dem Munde sich äußerst radikal gebärden, sonst aber nicht einmal den Mut aufbringen, sich öffentlich als Sozialdemokraten zu bekennen, schenken wir gern der Leipziger Richtung. Die Herauswahl des einen Genossen aus dem Kreisvorstande war eine rein persönliche Angelegenheit, deren ganze Art hier besser nicht erörtert wird."

•

Neue Wahlniederlage der Unabhängigen.

Im 25. Wahlbezirke der Stadt Bremen — einem Bezirke, der als sehr radikal galt — war eine Ersatzwahl zur Bremischen Bürgerschaft an Stelle des wegen Verlegung des Wohnsitzes nach dem Oldenburgischen aus dem Parlament ausgeschiedenen Genossen Rose. Die Sozialdemokratie stellte den Gewerkschaftsbeamten Friedrich Klenke, Angestellten des Transportarbeiterverbandes, auf. Die Unabhängigen einen Metallarbeiter Emil Sommer. Es wurden 295 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Klenke (Soz.) 185 Stimmen, Sommer (U. Soz.) 108 Stimmen, ungültig 2 Stimmen. Schon vor Jahresfrist hatte derselbe Bezirk — der zwei Vertreter im Parlamente hat — einen Stellvertreter zu wählen. Es wurde gewählt der Genosse Ludwig Schlüter mit 238 Stimmen, während es der auch von den Unabhängigen unterstützte „Unabhängige" Klawitter nur auf 124 Stimmen brachte.

•

Konferenz der deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die sozialdemokratische deutsche Arbeiterpartei hat für den 30. Mai eine Reichskonferenz einberufen.

Aus aller Welt.

Feuersbrunst in einer polnischen Ortschaft. Posen, 23. Mai. Großfeuer zerstörte große Teile des Fleckens Kolbiei im Gouvernement Warschau. Siebzig Wohnhäuser und viele Schuppen verbrannten. Drei Kinder fanden in den Flammen ihren Tod. 1600 Obdachlose sind auf einem nahegelegenen Gut vorläufig untergebracht worden.

Opfer der Fluten. Danzig, 23. Mai. Beim Baden in der Weichsel ertranken in der Nähe von Graudenz und Neuenburg fünf Personen, darunter zwei Knaben.

Dampferverbindung Stockholm-Petersburg. Kopenhagen, 23. Mai. Politiken meldet aus Stockholm: Die seit Kriegsbeginn unterbrochene Dampferverbindung Stockholm-Petersburg wurde wieder aufgenommen. Die beiden ersten Dampfer gingen gestern abend von Stockholm nach Petersburg mit insgesamt 90 Reisenden ab. Die Reise wird drei bis vier Tage dauern.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Eier. Sonnabend, vormittags von 8—1 Uhr Nr. 1—5000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Stück für 33 Pfennig pro Stück.

Gerstenmehl. Sonnabend, norm. 8—1 Uhr auf Abschnitt F der besonderen Warenbezugskarte für Kinder bis zu 12 Jahren jede Person ½ Pfund für 38 Pf. Zugelassen Nr. 1—5000 der Lebensmittelscheine.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180524-18/fragment/page=0003

Bekanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Freitag, den 24., Sonnabend, den 25. und Montag, den 27. Mai 1918 bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in nächster Woche zum Verkauf gelangende Marmelade abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 23. Mai 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Zur Sicherheit der Feuersicherheit wird auf die nachstehenden Bestimmungen der Polizeiverordnung vom 6. März 1914 über das Verhalten bei Waldbränden und die Bekanntmachung des Herrn stellvertretenden Kommandierenden Generals des IV. Armeekorps vom 2. Mai 1916 besonders hingewiesen.

§ 1.

Wer, der einen Waldbrand wahrnimmt, ist zur Dämpfung desselben oder, wenn eine solche aus Mangel an zureichenden Mitteln nicht sofort ausführbar ist, zur Meldung seiner Wahrnehmung im nächsten bewohnten Hause oder Orte verpflichtet.

Ist das betreffende Haus an das Fernsprechnetz angeschlossen, so ist die Nachricht, wenn möglich, durch Fernruf an die nächste Gemeinde- oder Polizeibehörde und an den zuständigen Forstbeamten weiterzugeben.

§ 2.

Zur Hilfeleistung bei einem Waldbrande sind alle feuerlöschpflichtigen männlichen Bewohner der Umgegend bis auf 10 Kilometer Entfernung von der Brandstätte verpflichtet.

§ 3.

Sobald in einer Gemeinde ein Waldbrand wahrgenommen oder durch Nachricht von auswärts bekannt wird, muß Feuerlärm gemacht werden,

§ 4.

Auf den Feuerlärm hin haben sich die feuerlöschpflichtigen Mannschaften — gegebenenfalls unter Führung ihres Befehlshabers — mit Aexten, Beilen, Spaten, Schaufeln, Hacken versehen nach der Brandstätte zu begeben und bei dem Leiter der Löscharbeiten zu melden.

Dieselbe Verpflichtung liegt auch den Bewohnern einzeln gelegener Güter, Mühlen usw. ob, sobald bei ihnen ein Waldbrand wahrgenommen oder gemeldet wird.

§ 5.

Die zur Hilfeleistung Erschienenen sind verpflichtet, nach Anweisung des das Löschgeschäft Leitenden so lange tätig zu sein, bis sie ausdrücklich entlassen werden.

§§ 6—9 pp.

§ 10.

Zuwiderhandlungen werden, abgesehen von den Bestimmungen des § 44 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 (G.-S. S. 230) und des § 360 Ziffer 10 des Strafgesetzbuchs, mit Geldstrafe bis zu 30 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung in Verbindung mit § 95 des Gesetzes über den Belagerungszustand und dem Gesetz vom 11. Dezember 1915, betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand, wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit verordnet:

Verboten ist für die Zeit vom 15. Mai bis 31. Oktober das Rauchen und Feueranmachen in Forsten und Wäldern einschließlich aller hindurchführenden öffentlichen und nichtöffentlichen Wege sowie außerhalb der Waldgrenzen in einer Entfernung bis zu 30 Meter.

Das Verbot des Feueranmachens bezieht sich nicht auf die in Forsten und Wäldern beruflich tätigen Personen, wie Waldarbeiter, Köhler, Förster usw.

Aufgehoben werden die Bekanntmachungen vom 16. Juni 1915 und vom Juli 1915 über das Rauchen und Feueranmachen in Forsten usw.

Zuwiderhandlungen werden, soweit die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis 1500 M. erkannt werden.

Halle, den 16. Mai 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 25. Mai 1918 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 7 Uhr Nr. 2301—2400,	um 10 Uhr Nr. 2651—2775,
„ 8 „ „ 2401—2525,	„ 11 „ „ 2776—2900,
„ 9 „ „ 2526—2650,	

Halle, den 23. Mai 1918. **Der Magistrat.**

Konsum-Verein Hohenmölsen-Teuchern.

Generalversammlung

Sonntag, den 2. Juni cr., nachmittags 3 Uhr (neue Zeit)
im Gasthof zum Löwen zu Hohenmölsen.

Tagesordnung:

1. Bericht pro 1. Halbjahr 1917/1918.
2. Bericht über den Verbandstag Thüringer Konsum-Vereine zu Weimar.
3. Geschäftliches.

Hohenmölsen, den 24. April 1918. [1211

Der Aufsichtsrat des Konsum-Vereins Hohenmölsen-Teuchern e. G. mit beschränkter Haftung zu Hohenmölsen.
Robert Fischer, Vorsitzender.

„Schmelzers Höhe"

Eichendorffstr. 19

Ausschank des beliebten Hacherbräu, München, und **Pilsener der Brauerei Fr. Günther.**

Familienverkehr — Treffpunkt für Skater.

Werte Freunde und Gäste ladet freundlichst ein
Familie **Fr. Emmer.**

Kaffeegarten Trotha.

Unterhaltungsmusik, Kaffee, Kuchen und Torte. [997

Freiberger Bier. Gutenberger Fruchtwein.

Ergebenst ladet ein **Otto Hutans.**

Hallesches Luftbad
in den Pulverweiden

mit Anschluß an die städtischen Flußfreibäder.
(10 Min. von der Haltestelle Hettstädter Bahnhof entfernt)

Mitglieder:

Familienkarten 4 M. **Monatskarten:** A: für Erwachsene 2 M. B: für ein Kind 1 M. Bei Nachlösung einer Jahreskarte werden die Monatskarten angerechnet.

Nichtmitglieder:

Jahreskarte für eine Person 8 M. **Monatskarten:** A: für Erwachsene 3 M. B: für ein Kind 1.50 M. **Tageskarten:** A: für Erwachsene 50 Pf. B: für Kinder 20 Pf. Bei Nachlösung einer Monatskarte bezw. Jahreskarte werden die Tages- bezw. Monatskarten angerechnet.

Geschäftsstelle des Vereins Gesundheitspflege (E. V.).
Buchhandlung **A. Patrunki,** Barfüßerstraße 12. [1212

U.T. **U.T. Lichtspiele, Alte Promenade 11a**

Ab Freitag, den 31. Mai 1918:

Gastspiel der Lichtspieloper

Der Waffenschmied.

Komische Oper in 3 Aufzügen von **Albert Lortzing,** unter persönlicher Mitwirkung von etwa 13 erstklassigen Künstlern und Künstlerinnen.

Textbücher sind an unseren Kassen zum Preise von 10 Pf. erhältlich. [1210

Hallescher Hausfrauenbund

1185] **Rathausstraße 17.**
Täglich geöffnet von 10—12 Uhr.

Im Mai und Juni jeden Mittwoch abends 8 Uhr:

Anleitung zum Stopfen der Kochkiste

Dauernd Parteikrieg oder Wiedervereinigung.

Erwägungen und Anregungen zur Krise in der deutschen Sozialdemokratie.

Von R. Drescher.

Preis 20 Pfennig.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Dr. Ed. David MdR.:

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundursachen. — Die Entente als Weltvernichtungssyndikat. — Die Passivität der Zentralmächte. — Die Einkreisung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw.

Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1,— Mk.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

Achtung! Hausfrauen!

Geld liegt in allen Winkeln. Zahle für

100 Kilo	Strumpfwolle	160 M.	
100 „	Orig. Lumpen	15—30 „	[955
100 „	Neutuch	100 „	
100 „	Knochen	14 „	

Zahle für Akten, Bücher, Zeitungen und Altpapier höchste Preise.

Alle Sorten **Felle** und **Roßhaare** höchste Tagespreise.

Hole auf Wunsch auch selber ab.

Paul Günther, Rohprodukte, Taubenstr. 3 Hof, hinten links.
Tel. 6176. **Alles wird streng reell gewogen.** Tel. 6176.

Bettfedern, Daunen fertige Betten

empfiehlt [1008

Eduard Graf, Halle
Markt 11.

Krawatten

Gegr. 1853. **F. C. Siebert** Fernruf 2363.
Untere Leipziger Str. 9 gegenüber der Kirche.

Knaben-Waschanzüge

einzelne Hosen und **Blusen** in allen Größen, sehr preiswert. [1123

Knaben-Strohhüte

verschied. Formen in billiger u. großer Auswahl.

Knaben-, Schüler- und Soldaten-Mützen
in verschied. Farben . . . **5.75, 4.75, 95 Pf.**

Kaufhaus
H. Elkan, Leipziger Str. 87.

Bis September der letzte

Karbid

ist sofort abzuholen bei

Aug. Kraft,
Halle a. S.,

Steinweg 51, Geiststr. 49, Eisleben, Hallische Str. 80, Weißenfels, Nicolaistr. 33, Nordhausen, Bautenstr. 24, Hettstedt, Bahnhofstr. 2—4 u. s. w. [1190

Kauft das gute

zu haben:
in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen in allen Teilen der Stadt,

Dampf-Brotfabrik Halle a/S
Merseburgerstr. 17 Fernsp. 1011.

Filialen:
Hallmarkt,
Sophienstr. 1.

Ammendorf:
Bahnhofstraße 8a

Stadt-Theater

Sonnabend, 24. Mai
Abends 7,30 Uhr. Ende 10,15 Uhr:
Das Dreimäderlhaus.
Musik nach Franz Schubert.
Sonntag nachm.: **Das Konzert,** abends: **Die Rose von Stambul.**

Fahrräder

Nähmaschinen 30 M.
Großes Lager
gebr. Möbel:
Sofas, Bettfedern, kompl. Bettstellen, Vertikows 75 M., Kommoden und Kleiderschränke von 60 M.
verkauft
R. Sachse
Hohenmölsen,
Lützner Str. 7.

Umpreßhüte

werden angenommen. Preis 3.50 M.
Lieferzeit 3—4 Wochen.
Umarbeitungen nach neuester Form.
Große Auswahl in Blumen.

912] **Fritz Mösenthin**
Burgstraße 1, gegenüber der Burg.

Die Gleichheit,

Sozialdemokratische Frauenzeitung
Nr. 8
eingetroffen.

Buchhandlung Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Papier

Zeitungen und Bücher 26 M., gew. Papier 18 M.
pr. 100 kg kauft [973
A. Rein, Königsberg 5.
Tel. 2409.

Die Glocke

Sozialistisch. Wochenschau
Heft 30 Pf.,
im Abonnement vierteljährlich 3.50 M.,
empfiehlt die
Buchdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

In freien Stunden

Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180524-18/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 116. Halle, Freitag den 24. Mai 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 24. Mai 1918.

Staatsmittel für Wohnungsbauten.

Die von den zuständigen Ministern soeben herausgegebene Ausführungsanweisung zum Wohnungsgesetz stellt ausführliche Richtsätze für die Verwendung der im Wohnungsgesetz vorgesehenen 20 Millionen Mark und für die Beteiligung des Staates mit Stammkapital bei gemeinnützigen Bauvereinigungen auf.

Die 20 Millionen sollen in der Hauptsache dazu verwendet werden, leistungsfähige Unternehmungen für den Umfang der Provinzen oder wenigstens für den Bereich größerer wirtschaftlicher Gebiete ins Leben zu rufen. Durch die Bereitstellung dieser staatlichen Mittel soll aber jede Beeinträchtigung der Tätigkeit anderer Unternehmungen privater wie gemeinnütziger Art vermieden werden. Grundsätzlich sollen die staatlichen Mittel bei der Errichtung neuer gemeinnütziger Bauvereinigungen Verwendung finden; doch ist in Ausnahmefällen eine Beteiligung an bestehenden Gebilden nicht ausgeschlossen. Die Siedlungsgesellschaften mit staatlicher Beteiligung sollen sich die Förderung der Beschaffung gesunder und zweckmäßig eingerichteter Kleinwohnungen zu möglichst billigem Preise zum Ziel setzen. Die hierfür im einzelnen erforderlichen Aufgaben sollen im engsten Einvernehmen mit den örtlichen Stellen, insbesondere den Gemeindeverwaltungen gelöst werden. Besondere Maßnahmen sollen zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses für kinderreiche Familien der minderbemittelten Bevölkerung getroffen werden. Auch die Beschaffung von Hausrat kann in den Aufgabenkreis einbezogen werden. Der überwiegende Teil des Stammkapitals jener Bauvereinigungen, in der Regel mindestens zwei Drittel, soll von anderer Seite aufgebracht werden; als Gesellschafter kommen neben dem Staat in erster Reihe die Provinzen, Kreise und Gemeinden in Betracht; daneben ist auf eine Beteiligung der größeren Arbeitgeber aus Industrie und Handel, sowie solcher Anstalten und Stiftungen hinzuwirken, denen für die Kleinwohnungsfürsorge Geldmittel zur Verfügung stehen. Von großem Wert wird auch die Beteiligung der zuständigen Landesversicherungsanstalt sein. Vor allen Dingen muß die Gemeinnützigkeit der Bauvereinigung satzungsgemäß festgelegt werden. Die Höhe des Geschäftsgewinns darf 5 Proz. nicht übersteigen. Die Wahl des Vorsitzenden, des stellvertretenden Vorsitzenden, des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung und des Geschäftsführers bedürfen der Bestätigung durch den Oberpräsidenten. Anträge auf Beteiligung des Staates an der Errichtung gemeinnütziger Bauvereinigungen oder Uebernahme einer Kapitalbeteiligung an einer solchen durch den Staat sind unter Beifügung des Satzungsentwurfs an den Oberpräsidenten zu richten. Dieser legt sie nach Prüfung mit seiner gutachtlichen Aeußerung dem Finanzminister vor.

Halle und der Mittelland-Kanal.

Um die Frage der Linienführung des Mittellandkanals auch vom Standpunkt der Stadt Halle und des Halleschen Handelskammerbezirks zu klären, halten Magistrat und Handelskammer am Donnerstag, 30. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Auditorium maximum der Universität zwei Vorträge ab. Dabei soll insbesondere das von der Vereinigung für die Südlinie des Mittellandkanals durch jahrelange Arbeit gesammelte Material in der Form eines Lichtbildervortrags dargestellt werden. Die genaue Tagesordnung lautet: 1. Vorwort (Herr Oberbürgermeister Dr. Rive), 2. Die Vollendung des Mittellandkanals (Herr Geh. Regierungsrat Dr. Siegemann), 3. Die wirtschaftliche Bedeutung der südlichen Linie des Mittellandkanals, Lichtbildervortrag (Herr Dr. H. Wachler), 4. Schlußwort (Präsident der Handelskammer zu Halle, Herr Geh. Kommerzienrat Dr. Sieckner). Diese Veranstaltung dürfte sehr interessant werden.

•

Uebrigens hat sich die Handelskammer selbst kürzlich schon mit diesem großen Verkehrsprojekt beschäftigt. Dabei führte der Berichterstatter Manschewski aus, es könne sich entweder nur darum handeln, ob man den Mittellandkanal in erster Linie für den Durchgangsverkehr vom Westen nach dem Osten bauen wolle, dann müsse man die kürzeste Linie Hannover-Genthin wählen oder aber, man rechne auf möglichst starken Verkehr, auf größte Umschlagsmöglichkeiten, dann könne nur die Südlinie in Frage kommen. Alle anderen Linien erfüllten keinen von diesen Zwecken. Der Ministerialdirektor Sympher vertrete anscheinend auch den Standpunkt, daß zunächst die Südlinie zu bauen sei, und erst, wenn ihre Leistungsfähigkeit erschöpft sei, könne man für den raschen Durchgangsverkehr West-Ost eine Nordlinie schaffen. Der Referent verlangte, daß die Saale für Schiffe von 1000 Tonnen schiffbar gemacht werde, während sie jetzt nur für 400-Tonnen-Schiffe reiche. Nach einem Plan, der unlängst in Halle eine Kommission beschäftigt hat, solle die bisherige Schiffsschleuse in Halle selbst ausgeschaltet und die Stadt Halle selbst umgangen werden, indem man von Böllberg aus im Zuge der wilden Saale diesen Flußlauf geradlinig nach Giebichenstein durchführe. Unterhalb Halle seien Begradigungen vorgesehen, deren Kosten allerdings sehr hoch seien. Wie Syndikus Dr. Pfahl bemerkte, will man Schleusen, die ganze Schleppzüge aufnehmen können, in die Saale einbauen. Weiter sei geplant, die Saale über Merseburg hinaus bis zur Unstrutmündung, also etwa bis Naumburg, zu kanalisieren.

Die Handelskammer entschied sich nach dem Vorschlag des Berichterstatters für die Südlinie des Mittellandkanals.

Zur Frage: Halle-Merseburg.

In unseren Erörterungen gelegentlich der Gründung einer Merseburger Ueberlandbahnen-A.-G. haben wir nicht unterlassen, besonders darauf hinzuweisen, daß diese Gründung von großer Bedeutung für Halle sei, sowohl industriell wie in Folge davon auch kommunalpolitisch.

Die Saale-Zeitung beschäftigt sich nun ebenfalls mit dieser Seite der Sache, versichert, daß nach ihren Erkundigungen an maßgebender Stelle eine Abwanderung der einheimischen Industrie in den Merseburger Kreis nicht zu befürchten wäre, und führt dann hierzu folgendes aus:

„Wohl wird unserer heimischen Industrie hier und dort in der Stadt Halle das Kleid zu enge; die eigenartige wirtschaftliche Entwicklung während des Krieges hat es mit sich gebracht, daß einzelne Großbetriebe nach einer Erweiterung ihrer Werkanlagen trachten müssen. Auf dem Platze indes, auf dem sie entstanden sind und groß wurden, ist die notwendige Erweiterung nicht mehr möglich. Wohl oder übel müssen sie aus der Stadt, die ihnen innerhalb ihrer Mauern das erforderliche Baugelände nicht zu liefern vermag, hinaus vor die Tore der Stadt, sinnbildlich gesprochen, hinaus in das freie, unbebaute Gelände, um dort neue Betriebsanlagen zu schaffen. Dank einer verständigen Bodenpolitik unserer Stadtverwaltung fehlt es nicht an geeignetem Bauland, das so günstig gelegen ist, daß eine Abwanderung nach dem Nachbarkreise Merseburg nicht in Frage zu kommen braucht. Günstig darum, weil von da aus der Gleisanschluß nach dem Bahnhofe Halle, von dem aus Hauptbahnlinien nach allen Richtungen ausstrahlen, bequem zu bewirken ist.

Dazu kommt noch ein anderes. In absehbarer Zeit wird die Trotbaer Hafenanlage erstehen, die in Verbindung mit dem Elster-Saale-Elbe-Kanal und dem größeren Mittellandkanal bestimmt ist, ein sehr verkehrreicher, bedeutender Umschlaghafen zu werden, in dem die Güter aus unserem eigentlichen Hinterlande und aus den weiteren Gegenden zusammenströmen. Daß diese Zukunftsmöglichkeit, uns wirtschaftlich auszudehnen, uns nicht verschlossen geblieben ist, auch das berücksichtigen wir der voraussichtlichen Einsicht unserer Stadtverwaltung, die zu einer Zeit die hierfür nötigen Ländereien erwarb, als die inzwischen herangetretten Kanalpläne noch in den Kinderschuhen steckten. Eine verkehrswirtschaftliche Notwendigkeit für unsere Industrie, ihren Sitz in Halle aufzugeben, ist auch durch die besprochene Hafenanlage gegenstandslos geworden.

Andere zwingende Gründe für das Verbleiben unserer Industrie in Halle bilden die Wohnungsfrage und die Bildungsmöglichkeiten in Halle. Die Schwierigkeiten, welche das Leunawerk für die Beschaffung von Wohngelegenheit für seine Angestellten und Arbeiter zu überwinden hatte, ermutigen unsere Industrie wenig zur Uebersiedelung nach dem Kreise Merseburg, weil für sie die Wohnungsnot auf lange Zeit hinaus geradezu unüberwindlich sein würde. Ohne Wohnungen für die Werksangehörigen aber läßt sich ein Großbetrieb nicht führen. In Halle herrscht zwar auch Wohnungsknappheit, doch sind immer noch eher als im Merseburger Kreise Wohnungen zu haben. Ein in großgedachter Weise eingerichtetes städtisches Wohnungsamt wird später an einer gründlichen Lösung der Wohnungsfrage in Halle mitarbeiten, der ebenfalls bereits festgelegte Plan einer gewaltigen Ausgestaltung unseres Straßenbahnnetzes nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Entfaltung der Stadt trägt gleichfalls zur Beseitigung des Wohnungsmangels und von Mißständen gesundheitlicher Art, die durch das übermäßig enge Zusammenwohnen geschaffen werden, bei, indem das die Stadt umkränzende Baugelände außer für industrielle auch für Wohnzwecke aufgeschlossen zu werden vermag.

Daß die Bildungsmöglichkeiten in der Schul- und Universitätsstadt Halle nicht zur Abwanderung Ursache geben, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, zumal sich in Anlehnung an unsere Universität bekanntlich eine Vereinigung gebildet hat, die gerade der Industrie in erster Linie zu dienen beflissen ist durch die wissenschaftliche Erforschung der heimischen Naturschätze und ihrer Nutzbarkeit. Ueberhaupt die Naturschätze! Halle selbst liegt um Kohlengebiet, so daß auch in dieser Hinsicht für ihre Industrie kein Grund zur Aussiedlung gegeben ist."

Wir geben diese Meinungsäußerung vorläufig ohne Kommentar wieder, bemerken jedoch schon jetzt, daß uns darin die volkswirtschaftliche Seite der ganzen Sache doch etwas zu leicht genommen scheint und vor allen Dingen die großen Entwicklungsmöglichkeiten des Merseburger Industriekreises nicht genügend in Betracht geht.

* **Das Volksblatt** fällt teutschnaubend über uns her, weil wir uns erdreistet haben, seinen Matador Albrecht wegen der „verblödeten" Massen geziemendlich festzunageln und daneben auch das Volksblatt selbst als kritiklose Nachbeterin Albrechtscher Ausreden abzutun. Uns darauf einzulassen, liegt gar kein Anlaß vor, denn es ist ein dilettantenhaftes Gestammele, das auch nicht ein Körnchen sachlichen Gehalt hat und das um so komischer wirkt, je wütender das Volksblatt um sich schlägt. Jedenfalls können wir daraus den schlüssigsten Beweis ziehen, daß die Hiebe gesessen haben; und das ist schließlich auch eine ganz nette Genugtuung. Wenn aber das Volksblatt gar unserem Blatte selbst mit der Redensart zu Leibe gehen will, bereits vor Monaten wäre sein Eingehen zum 31. März beschlossen worden, so muß es sich schon gefallen lassen, daß wir an seiner Klugheit und an seiner Ehrlichkeit zweifeln. Denn erstens existieren wir noch gar munter fort und freuen uns des Lebens immer mehr, zweitens aber beweisen gerade die fortgesetzten Mutanfälle des Volksblattes während der ganzen letzten Zeit, wie klar man sich dort darüber ist, was eigentlich gespielt wird. Damit möge das Volksblatt laufen.

* **Die neuen Steuern.** Die für das Rechnungsjahr 1918 von den städtischen Körperschaften beschlossene Erhebung von Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer und zu den Reallsteuern sowie von Kanalbenutzungsgebühren hat die Genehmigung der zuständigen Behörden erhalten. Es werden demgemäß im Rechnungsjahr 1918 erhoben: 220 Prozent Zuschlag zur Staatseinkommensteuer unter Freilassung der ein Einkommen von 420 bis 660 Mark umfassenden Steuerstufe; 221 Prozent des Ertrages des staatsseitig veranlagten Grund- und Gebäudesteuer in Form einer Gemeindegrundsteuer von 6,8 Prozent des jährlichen Nutzungswertes der steuerpflichtigen Grundstücke; 226 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer = 202 Prozent der sich aus der besonderen Gewerbesteuerordnung der Stadt Halle ergebenden Steuersätze; 100 Prozent der staatlich veranlagten Betriebssteuer; neben der für die Ableitung von Fäkalien bestimmten festen Gebühr von ½ Prozent des Nutzungswertes des Grundstücks eine Kanalbenutzungsgebühr von 1,5 Prozent des Nutzungswertes der angeschlossenen Wohnungen.

* **Freiwillige Zähler zur Wohnungszählung am 31. Mai** werden noch notwendig gebraucht. Anmeldungen sind schriftlich oder mündlich an das Statistische Amt (Stadthaus, Eingang Schmeerstraße, 3. Stock) zu richten. Es wird erwartet, daß alle Personen, die irgendwie imstande dazu sind, sich im vaterländischen Interesse als freiwillige Zähler zur Verfügung stellen und sich umgehend anmelden, soweit sie es noch nicht getan haben sollten.

* **Schädiger der Obsternte.** Die Obstzüchter klagen in diesem Jahre mehr denn je über starke Ausbreitung der grünen Blattlaus an den Obstbäumen. Die von diesen Läusen verursachten Mißbildungen, Verkrümmung der Blätter oder gallenartige Auswüchse, können an vielen Bäumen massenhaft beobachtet werden. Ferner üben die sogenannten schwarzen Ameisen ihre zerstörende Tätigkeit in bedauerlichem Umfange in den Obstgärten aus. Dem Beerenobste droht die Weide, eine kleine, grüne Fliege, gefährlich zu werden. Das sicherste Abwehrmittel gegen die Schädiger ist, sie von den Bäumen und Sträuchern abzunehmen und zu vernichten. So zeitraubend und mühselig diese Bekämpfungsart ist, so gründlich und deshalb wirksam ist sie auch, und deshalb sollte sie allgemein angewandt werden.

Handel und Wandel.

41] Von F. W. Hackländer.

21.

Kontorist und Hilfsarbeiter.

Der Doktor und ich wurden nicht zusammen einlogiert. Er bekam eine Kammer neben dem unverheirateten Sohne Franz und mir wurde ein allerliebstes Zimmerchen bei denen der alten Müllerin angewiesen. Es war sehr heimelig und traulich dort. Die Mühle lag nicht auf dem tiefsten Grunde des Tales und vor meinen Fenstern ging es noch ungefähr hundert Schuh weiter hinab, links von mir war das Mühlwehr, und wenn ich die Hand zum Fenster hinausstreckte, wurde sie vom sprühenden Wasser benetzt. Unter meinem Fenster floß das gebrauchte Wasser schon viel ruhiger in einem Holzkanale weiter und stürzte erst rechts vom Hause durch eine steinige Schlucht in die Tiefe des Tales hinab.

Als alles schon zur Ruhe war, lag ich noch lange im Fenster und erfreute mich an der schweigenden Nacht, die um mich herrschte. Das Werk wurde gesperrt, das Wasser floß ruhiger und die Schlingpflanzen, die an den Wänden des Hauses wuchsen und die sonst das sprühende Wasser auf und nieder peitschte, schwammen jetzt auf dem kleinen ruhigen Strome und zitterten freudig, daß das Wasser sie nicht mitnehmen konnte, die Steinschlucht hinab.

Am anderen Tage ging in der Mühle alles seinen gewohnten Gang; man bekümmerte sich um uns so wenig, als seien wir schon jahrelang dagewesen. Der Doktor setzte sein Heilverfahren mit dem kranken Gause fort, gab dem Müller auf kurze Fragen kurze Antworten, sprach mit Elsbeth über Ersatzmittel für den gewöhnlichen Dünger und erzählte den beiden Söhnen nach dem Abendessen, wenn sie eine Pfeife zusammen rauchten, eine Menge kurzweiliger Anekdoten aus seinem Studentenleben. Um die Müllerin und Sibylle bekümmerte er sich gar nicht und ließ mir vollkommene Freiheit, da zu machen, was ich wollte. Bekannt mit den Gesinnungen meines Vetters, versuchte ich auch, mir Beschäftigung zu machen; doch war ich kein Kind mehr wie vor Jahren, das Unkrautausjäten fiel mir sehr schwer, und wenn ich Sibyllen beim Anbinden der Pflanzen half, so trieben wir so viel Kindereien zusammen, daß mehr verdorben als gutgemacht wurde.

Jeden anderen hätte der Vetter Christoph am Ende ungehindert gehen lassen, das heißt mit vollkommener Entziehung höchsten Wohlwollens, doch nicht so mich, seinen leiblichen Vetter, dem er geneigt war und für den er als jungen Menschen alles möglichst glaubte tun zu müssen, um ihn zur Arbeit zu gewöhnen.

So hatte er denn auch eines Morgens ein Geschäftchen für mich gefunden, was mich gemütlich beschäftigte, dafür aber auch an den Tisch fesselte, obgleich ich viel lieber in Feld und Wald herumgelaufen wäre. Er führte mich in seine Schreibstube, und stellte mich als ersten Buchhalter und Korrespondenten an.

„Das Geschäft ist klein," sagte er, „aber mochs ordentlich, machs pünktlich, du kannst was dabei lernen."

Anfänglich war ich auch in dem Punkte des Fleißigseins für den Doktor besorgt gewesen und hielt ihn, wie man es natürlich finden wird, für einen faulen und zur Arbeit untauglichen Menschen. Doch war der Doktor klug genug, meine Vermutungen Lügen zu strafen. Nachdem die Pferdekur vollendet war, suchte er sich andere Beschäftigungen, und hielt sich besonders an den alten Müller, mit dem er unter anderem morgens in aller Früh in den Wäldern umherzog und sich bald in dessen Vertrauen so festsetzte, daß er dort die Knechte beim Holzfällen bearfsichtigen durfte. Hier und da führte er auch einen großen vierspännigen Holzwagen hochbeladen aus dem Walde in den Hof, wobei er so furchtbar mit der Peitsche knallte, daß alles sachend zusammenlief und sich selbst der Vetter Christoph eines Schmunzelns nicht erwehren konnte.

Freund Burbus war aber auch in solchen Augenblicken eine höchst komische Erscheinung. Sein großer Bart beschattete das halbe Gesicht, und eine kleine Cervisimütze balancierte er mit dieser Geschicklichkeit gegen Wind und Wetter auf dem Kopfe. Oftmals hatte ich ihm gestanden, wie sehr mich seine totale Umwandlung freue, aber wie unerklärlich sie mir anderseits auch sei, worauf er mir antwortete: „Lieber Jüngling, es mußte anders werden; das Arbeiten mußte ich erst wieder erlernen, denn es ist an sich eine schwere Kunst, und Sie können mir glauben, wenn ich hier mal eine Zeitlang von morgens bis in die Nacht an schwerer Arbeit tätig war, wird es mir später leicht werden, etwas anderes zu ergreifen und beharrlich durchzuführen."

Wenn ich ihn in solchen Augenblicken an das Reizmehlsche Haus, an seine Wohnung, an die Wandgemälde in derselben und an das Skelett erinnerte, so machte er ein Gesicht, als schüttle er sich moralisch, und entgegnete mir: „Geliebter Exladenjüngling, das war eine nebelgraue regentagartige Existenz; sie liegt hinter uns."

Ich schrieb also Briefe an benachbarte Gutsbesitzer, an die Forstämter und machte Rechnungen über Getreide und Mehl. Mein Kontor lag gerade über der Mühle. Der Boden desselben zitterte beständig, wie bei einem leichten Erdbeben. Bald besuchte mich der alte Müller etwas nachsehend oder angebend, bald kam Kaspar mit weißbestäubtem Gesicht und rauchte ein paar Züge aus einer Pfeife, am öftesten aber, und das war mir am liebsten, kam Sibylle mit ihrem Nähzeug, setzte sich zu mir hin, und wenn wir auch stundenlang nichts sprachen, so gab es doch wieder Augenblicke, wo wir uns eifrig über frühere Zeiten unterhielten, und ich ihr von den Bekannten, die sie in der Stadt hatte, erzählte, was ich wußte. Auch der Doktor erkundigte sich zuweilen, bald mit der Peitsche, bald mit der Axt in der Hand, blieb aber nie lange, wenn Sibylle bei mir war. So vertraut er überhaupt mit den beiden Söhnen und mit Elsbeth war, und so viel er mit ihnen lachte und Späße trieb, so schien er sich unbehaglich zu fühlen, wenn die alte Müllerin oder Sibylle sich in der Nähe befand. Der letzteren war das auch aufgefallen, und sie erzählte mir, sie habe es ihrer Mutter mitgeteilt, welche ihr entgegnet: sie müsse ihn dafür desto freundlicher und artiger behandeln; denn er sei ein verlorener Sohn, der, auf dem Wege der Besserung begriffen, sich doch noch nicht bei stillen freundlichen Menschen ganz heimlich fühle.

„Es ist eigentlich schade," setzte Sibylle hinzu, „daß er mit der Mutter nicht viel spricht, denn neulich, wo sie ihn in das Gespräch zog und über einige neuere Bücher fragte, war sie sehr zufrieden mit seinen Antworten. Aber er hat einen furchtbar häßlichen Bart. Du mußt ihr niemals einen solchen wachsen lassen."

Ich fuhr mit der Hand an mein äußerst glattes Kinn und versprach es ihr.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180524-18/fragment/page=0005

* **Der Pfingstverkehr auf den Jerwahnen.** Die Fernbahn von Halle nach Merseburg benutzten in den Pfingstfeiertagen vom 18. bis 21. Mai 49 984 Personen. Für den Massenverkehr kamen die von der Firma Gottfried Bindner noch rechtzeitig zu den Festtagen gelieferten drei neuen Anhängewagen sehr zu statten. Diese neuen, 88 Personen fassenden vierachsigen Wagen sind recht geräumig gebaut und mit großen geschlossenen Plattformen versehen. Nicht minder lebhaft war der Verkehr zwischen Merseburg und Mücheln auf der neuen Ueberlandbahn. Mit dieser wurden in den Pfingstfeiertagen 31 544 Personen befördert.

* **Möbelbeschlag?** Auf eine Anfrage des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung hat der Vorsitzende der Berliner Handwerkskammer mitgeteilt, es lägen im Inlande so große Bestände vor, daß der Bedarf vollauf gedeckt werden könne. Die Verbraucher haben von diesen großen Beständen bisher nichts gemerkt; sie beobachten nur eine ständig größer werdende Knappheit an Möbeln und eine im gleichen Verhältnis wachsende Teuerung. Vielleicht teilt Herr Rahardt der Oeffentlichkeit mit, wo die großen Möbelbestände zurückgehalten werden, damit schleunigst für ihre Bereitstellung Sorge getragen werden kann. Einstweil glauben wir allerdings nicht an die erheblichen Bestände, sondern vermuten, daß es bei der Antwort vor allen Dingen darauf ankam, die Einfuhr billiger Möbel aus Belgien als überflüssig zu bezeichnen.

Handwerk und Handel beobachten ja mit wachsendem Mißvergnügen die Bestrebungen, durch gemeinnützige Gesellschaften die minderbemittelte Bevölkerung mit Hausrat zu versorgen und sie dadurch unabhängig von den Abzahlungsgeschäften zu machen. Der Verband der Möbel- und Dekorationsgeschäfte Deutschlands behauptet sogar, daß erst durch die Aufsätze, die sich mit der Möbelnot, dem Möbelwucher und der Möbelversorgung beschäftigen, allgemeine Unruhe und Unzufriedenheit im Volke erzeugt worden sei und daß dadurch „unredlichen" Kriegsgründungen auf Kosten des alten und soliden deutschen Möbelgewerbes ein günstiger Nährboden geboten werde. Der Verband verlangt, daß nicht den gemeinnützigen Gesellschaften, sondern den Möbelgeschäften staatliche Unterstützungen zuteil werden sollen!

* **Zur „Bundeswoche"**, deren Programm wir an anderer Stelle abdrucken, wird uns noch von Herrn Professor Abberhalden geschrieben: Mögen alle Kreise in Halle sich zusammentun, um der Bundeswoche zu einem vollen Erfolg zu verhelfen. Die Veranstaltungen sind so gewählt, daß jedermann etwas für seinen Geschmack und seinen Geldbeutel passendes auszuhen kann. Es gilt, die Weiterführung des Säuglings- und Kinderheims des Bundes zu sichern. Da darf niemand zurückbleiben. Mögen auch recht viele Spenden fließen. Die hiesigen Bankhäuser sind gern bereit, solche auf das Konto Säuglings- und Kinderheim des Bundes anzunehmen.

* **Seifensieden verboten.** Uns wird geschrieben: In weiten Kreisen der Bevölkerung — insbesondere auf dem Lande — ist das private Seifensieden noch immer in Uebung. Der Bevölkerung gelingt es noch fortwährend, sich das zur Verseifung erforderliche Aetznatron zu verschaffen und mit dessen Hilfe erhebliche Mengen an Butter und den in den Haushaltungen sich ansammelnden Abfallfetten auf Seife zu verarbeiten und sie den Zwecken der Volksernährung zu entziehen. Die Herstellung von Seife aus pflanzlichen und tierischen Oelen und Fetten ist mit Strafe bedroht. Die Verbote beziehen sich nicht nur auf gewerbliche Herstellung, sondern auch auf jede Herstellung überhaupt.

* **Gegen die Täuschung mit Waschmitteln.** Eine Bekanntmachung des Reichskanzlers verbietet es, fettlose Wasch- und Reinigungsmittel unter Bezeichnungen und Angaben in den Verkehr zu bringen, die über das Fehlen von Fett täuschen könnten. Insbesondere darf das Wort „Seife" für sie weder allein noch in Zusammensetzungen gebraucht werden. Ebenso dürfen, selbst wenn sie Soda und Pottasche enthalten, diese Worte zu ihrer Bezeichnung nicht gebraucht werden. Der Verkauf solcher Mittel ist an die Zustimmung des Kriegsausschusses für Oele und Fette gebunden.

* **Aus dem Saalkreise** wird berichtet: Im Zeichen der Zuckerrübe befinden sich um die jetzige Zeit die umsiegenden Feldmarken, in denen der Zuckerrübenbau hervorragend betrieben wird. Das Hacken der Rüben steht im Mittelpunkte der landwirtschaftlichen Arbeiten, da bei der fruchtbaren Witterung auch das Unkraut wuchert; vereinzelt hat das Verhacken der jungen Pflanzen und sogar das Verziehen begonnen. Der Stand ist durchweg regelmäßig und befriedigend. — Eine große Obstplantage in ungefährem Umfang von dreißig Morgen, über 1000 Bäume umfassend, hat Rittergutsbesitzer Teubner auf seiner Besitzung in Trebnitz bei Könnern angelegt. Nach dem von C. Liebert in Halle ausgeführtem Plan erkennt man deutlich Umfang und Bedeutung der neuen großartigen Anlage.

* **Warnung vor einem Schwindler.** Seit Anfang 1918 hat sich in ganz Mittel-, Ost- und Norddeutschland ein Mann bald Kognak, bald Seidenstoffe erschwindelt. Den Kognak erlangte er dadurch, daß er sich aus Geschäften eine Anzahl von Flaschen für mehrere hundert Mark nach seiner angeblichen Wohnung mit quittierter Rechnung bestellte und in dem angegebenen Hause oder auf der Straße dem Ueberbringer seine Last abnahm und mit einem angeblichen Scheck, der aber nur ein ausgefüllter Wechselvordruck war, bezahlte. Zur Erlangung der Seidenstoffe ging er teils in ähnlicher Weise vor, indem er eine größere Menge bezog, aus der seine Ehefrau oder Braut eine Auswahl treffen sollte. Er schickte den Boten mit dem Auftrag fort, an die Schneiderin — irgendeinen beliebigen Anschluß — zu telephonieren, damit sie bei der Auswahl behilflich sei, und war mit den Stoffen verschwunden, wenn der Bote zurückkam. Der Schwindler, der sich als Doktor ausgibt, und sich verschiedene Namen beigelegt hat, ist der fahnenflüchtige Handlungsgehilfe Paul Koch, am 4. September 1888 zu Lübeck geboren. Er ist 1,75 Meter groß, schlank, hat hellblondes, dünnes Haar und hellblonden gestutzten Schnurrbart. Er trägt gute bürgerliche Kleidung und infolge einer Augenverletzung stets Kneifer oder Brille in Hornfassung.

* **Bei einem Diebstahl in der Beisorstraße** hat der Täter folgende Sachen zurückgelassen, die vermutlich auch aus einem Diebstahl herrühren: 1 Paar Lederpantoffeln, 1 Paar Halbschnürschuhe, 1 schwarzes Frauenjackett ohne Kragen mit schwarz und weißgestreiftem und hellblau durchwirktem Futter, 1 braune Männerstrickjacke, 1 schwarzes mit roten Blumen durchwirktes und 1 rotbraunes Kattunkopftuch mit weißen Punkten und weißen Blumenrand, 1 dunkelblaues mit Blumen durchwirktes Kopftuch, 1 schwarz und rotgestreifte wollene und 1 braun und schwarzgestreifte wollene Schürze. Diese Sachen dürften Frauen, die landwirtschaftliche Arbeiten verrichten, auf ihrer Arbeitsstelle gestohlen worden sein. Die Eigentümer, oder solche Personen, die über die Sachen Angaben machen können, werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei (Dreyhauptstraße 4), Zimmer 70 oder 71, zu melden. Dort liegen auch die Sachen zur Ansicht aus.

* **Straßenbahnunfälle.** An der Ecke der Gr. Brunnen- und Friedenstraße stieß ein Straßenbahnwagen mit einer Mietsdroschke zusammen. Die Droschke wurde stark beschädigt, der Droschkenführer und ein Pferd gering verletzt. An dem Motorwagen wurde eine Fensterscheibe zertrümmert. Die Schuld an dem Zusammenstoß scheint beide Teile zu treffen. — In der Ludwig-Wucherer-Straße fuhr ein Stadtbahnwagen vermutlich infolge Versagens der Bremsvorrichtung auf einen haltenden Stadtbahnwagen auf, wobei der eine der beiden Wagen stark beschädigt und eine Frau und deren Sohn leicht verletzt wurden. — Abends wurde eine Frau in der Merseburger Straße von einem Stadtbahnwagen angefahren. Sie erlitt eine Kopfverletzung und einen Bluterguß im linken Knie. Die Verletzte wurde dem Krankenhause Bergmannstrost zugeführt. Lebensgefahr besteht nicht. Den Motorwagenführer soll keine Schuld an dem Vorfall treffen.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Bundeswoche.

Nunmehr ist das Programm für die Bundeswoche zugunsten des Säuglings- und Kinderheims des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft vollständig geworden. Montag, den 3. Juni findet in der Aula der Universität abends 8½ Uhr ein Sonaten-Abend statt, ausgeführt von Herrn Konzertmeister Bersteg (Violine) und Herrn Dr. Grote (Klavier.) Dienstag und Freitag nachmittag 5 Uhr werden in der Loge zu den fünf Türmen von Kindern Märchenbilder zur Darstellung gebracht. Zwischen den einzelnen Bildern wird Frau Wiese unter Begleitung von Herrn Martin Fritz von diesem komponierte Kinderlieder vortragen. Donnerstag, den 5. Juni, abends 7½ Uhr werden im Bad Wittekind unter Leitung des Herrn Konzertoriumsdirektors Bruno Heydrich die Gesangvereine: Lehrer-Gesangverein, Hallesche Liedertafel, Männer-Liedertafel, Sang und Klang, Bezirksvereinigung 1914 unter Mitwirkung des Stadttheater-Orchesters eine große Reihe von Liedern zum Vortrag bringen. Am Sonnabend findet in der Aula der Universität abends 8½ Uhr ein Kammermusikabend unter Mitwirkung von Frau Mathilde Schmidt-Hagen, des Herrn Dr. Blos, eines Klavier-Quartetts und eines Frauenchors. Den Schluß bildet die Sonder-Vorführung in den U.-T.-Lichtspielen am Sonntag, 9. Juni, mittags 11½ Uhr.

Den Verkauf von Eintrittskarten haben die Hofmusikalienhandlungen Heinrich Hothan, Große Ulrich-Str., und Reinhold Koch, alte Promenade, übernommen. Für das Konzert im Wittekind besorgt die Eintrittskarten-Ausgabe auch die Kasse des Bades Wittekind. An den Eintrittskarten-Ausgabestellen können auch die genaueren Programme eingesehen und gekauft werden.

Stadttheater. Heute Freitag zum letztermal „Gloria Arsena", Sonnabend „Das Dreimäderlhaus", Sonntag nachmittag 3½ Uhr Volksvorstellung zu ganz kleinen Preisen „Das Konzert", Lustspiel von Hermann Bahr, abends 7½ Uhr „Die Rose von Stambul", Montag „Tiefland".

Thalia-Theater. Am Sonntag gelangt als Gastspiel des Stadttheater-Personals das Lustspiel „Hans Huckebein" von Blumenthal und Kadelburg zur Aufführung.

Bad Wittekind. Am Mittwoch abend fand in Bad Wittekind das erste Abendkonzert dieser Spielzeit statt, zu dem sich viele Besucher eingefunden hatten, die neben den musikalischen Klängen des Görlach-Orchesters auch die wohltuende Abendkühle genießen wollten. Musikdirektor Görlach hatte eine Vortragsfolge zusammengestellt, die teils ernste, teils heitere Stücke enthielt, so daß jeder Musikfreund auf seine Rechnung kam. Die Darbietungen der Kapelle wurden in exakter Weise ausgeführt und durch Beifall belohnt.

Aus der Provinz.

Zwang gegen die Bauern.

Wie die Reichsstelle für Gemüse und Obst in einem Rundschreiben mitteilt, zeigen sich die Landleute häufig bis zum Abschluß von Verträgen über Herbstgemüse deshalb nicht geneigt, weil sie der Ansicht sind, daß sie, wenn sie keine Verträge abschließen, bei der Ernte höhere Gewinne erzielen können, als wenn sie ihre Ernte vertraglich gebunden haben. Demgegenüber weist die Reichsgemüsestelle darauf hin, daß auch in diesem Jahre alles Herbstgemüse in der bereits bekannten Weise der Zwangsverfassung unterworfen werden wird. Es wird zwar jeder Anbauer für sich das behalten dürfen, was er in seinem Haushalt verbrauchen und in seinem Betrieb verarbeiten will; wenn er aber dazu übergeht, die Ware im Handel abzusetzen, so wird die Reichsstelle für Gemüse und Obst oder eine ihr nachgeordnete Stelle zu bestimmen haben, wohin die Ware zu leiten ist und wer sie zu erhalten hat. In keinem Falle werden dann die Landleute, die Verträge nicht abgeschlossen haben, einen höheren Preis für Gemüse erzielen als diejenigen, die Lieferungsverträge eingegangen sind. Sehr wahrscheinlich wird sogar ein niedrigerer als der Lieferungsvertragspreis gezahlt werden, so daß sich die Anbauer, die mit Rücksicht auf etwaige höhere Gewinne Lieferungsverträge nicht eingegangen sind, in ihrer Preisberechnung irren dürften.

•

Verluste der Elbschiffahrt.

Die Vereinigte Elbeschiffahrts-Gesellschaften A.-G. in Dresden hat soeben ihren Geschäftsbericht über 1917 herausgegeben. Aus Fracht- und Schlepplohn usw. wurden 5 038 582 M. (1916: 4 882 066) vereinnahmt. Die allgemeinen Unkosten erforderten 5 154 204 M. (4 828 864). Die Abschreibungen sind auf 407 550 M. (395 828) bemessen. Das Jahr schließt mit einem Verlust von 665 453 M. (743 263), wodurch sich der Verlustvortrag aus 1916 von 2 349 515 M. auf 3 314 969 M. erhöht. Im Bericht schreibt die Verwaltung über die Ursachen des ungünstigen Abschlusses u. a. folgendes: „Die Hauptursache des unerfreulichen Gesamtbildes liegt wiederum in den bedeutenden Frachtausfällen, die durch die Unterbindung des deutschen Ueberseehandels hervorgerufen sind. Wenn auch die Bemühungen der behördlichen Stellen darauf gerichtet waren, der Ueberlastung der Eisenbahnen durch Ueberleitungen auf die Wasserstraßen entgegenzuwirken, so blieb der Erfolg hinter den Erwartungen zurück, so daß der Ausgabenkreis des Elbewegs für die private und kriegswirtschaftliche Güterbewegung leider nicht zu der sonst berechtigten Geltung gelangen konnte. In der Bilanz erscheinen die Debitoren mit 1 448 998 M. (671 536), die Kreditoren mit 3 346 901 M. (2 805 094).

Weißenfels. Die öffentlichen unentgeltlichen Impfungen der im 1. und 2. Halbjahr 1917 geborenen Kinder, der aus den Vorjahren impfpflichtig gebliebenen Kinder, sowie der im Vorjahre hier zugezogenen impfpflichtigen Kinder finden am 29. Mai von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr in der Turnhalle der Bürgerschule, Promenade, durch den Königlichen Kreisarzt Dr. Wittich statt. Ebenfalls werden auch die Revisionen abgehalten am 5. Juni am dieselbe Zeit. Das wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Eltern oder Pflegeeltern zu den angesetzten Impfterminen durch Bestellzettel vorgeladen werden. Wer sein Kind nicht öffentlich und unentgeltlich, sondern auf eigene Kosten impfen lassen will, hat dieses schriftlich auf den bei uns zur Rückgabe zu bringenden Bestellzettel spätestens im Impftermin anzuzeigen. Kann die Impfung wegen Krankheit erst später erfolgen, so muß solches durch ärztliche Bescheinigung nachgewiesen werden.

— Grober Unfug an öffentlichen Feuermeldern. Die öffentlichen Feuermelder sind in den letzten Tagen wiederholt ohne jedweden Grund in Tätigkeit gesetzt worden. Nicht nur, daß die Bewohner durch das Alarmieren der Feuermelder erschrecken, es wird auch der Feuerschutz unter Umständen an anderen Stellen gefährdet. Im allgemeinen Interesse wird daher jedermann gebeten, auf verdächtiges Herumhantieren an den Feuermeldern, namentlich durch Schüler und halbwüchsige Burschen, ganz besonders zu achten und zur Feststellung solcher Personen beizutragen. — Es ist in Brandfällen erwünscht, möglichst den Fernsprecher, der jetzt Tag und Nacht zur Verfügung steht, zu benutzen. Unter Nr. 32 oder 583 ist die Polizeihauptwache und der Branddirektor zu erreichen.

Bitterfeld. Ein Unglücksfall ereignete sich in der Kaiserstraße, Ecke Binnengärtenstraße. Die 12jährige Schülerin Marie Schiebel aus Riemegk geriet aus bisher nicht aufgeklärter Ursache unter die Räder eines schweren zweispännigen Rollwagens, wurde überfahren und an beiden Füßen schwer verletzt. Sie wurde zuerst nach dem Kreiskrankenhause gebracht und später einer Halleschen Klinik zugeführt, da Lebensgefahr vorliegt.

— Diebstahl. Einer in Torgau wohnhaften Hilfspflegerin wurde im Wartesaal des hiesigen Bahnhofes ein Geldbetrag von 95 M. aus der Handtasche entwendet, die sie kurze Zeit auf einem Tische ohne Aufsicht liegen gelassen hatte. Eine bei einer Verdächtigen sofort vorgenommenen Durchsuchung war ergebnislos. Das Geld wurde bald darauf in der Ecke eines Sofas zusammengeknüllt aufgefunden, wohin die Diebin es offenbar versteckt hatte.

— Schwindlerin. Unter dem Vorgeben, Lebensmittel verschaffen zu wollen, hat dieser Tage eine angebliche Arbeiterin Frieda Becker eine hiesige Ehefrau zur Hergabe von 25 M. zu bewegen gewußt. Die bisher nicht zu ermittelnde Betrügerin hat einige Tage unangemeldet bei einer hiesigen Witwe gewohnt und ist seitdem verschwunden. Ihre Angaben haben sich sämtlich als erlogen herausgestellt.

Wittenberg. Zu sparsamem Wasserverbrauch fordert der Magistrat durch folgende Bekanntmachung auf: Infolge der Kriegsverhältnisse konnte die neue Brunnenanlage für das städtische Wasserwerk noch nicht fertiggestellt werden. Wir ersuchen die Wasserabnehmer dringend, den Verbrauch an Leitungswasser möglichst einzuschränken. Das Sprengen in den Gärten muß gänzlich unterbleiben. Bei Nichtbeachtung unserer Ermahnung muß wieder mit stundenweiser Abgabe des Wassers gerechnet werden.

— Diebstahl. Einer Mitbewohnerin hat die Arbeiterin Martha Bunk dadurch einen recht erheblichen Schaden zugefügt, daß sie aus deren Koffer, den sie vorher erbrochen, ein neues Kleid im Werte von 90 Mark gestohlen hat. Mit dem Kleid ist sie spurlos verschwunden.

Soziales.

Trinkgeld und Unternehmerinteresse.

Hierüber veröffentlichte die Neue Konditorenzeitung einen für die Unternehmer recht annehmbaren Vorschlag. In dem Artikel wird behauptet, daß den „Bedienungsfräuleins" in Konditoreien riesige Trinkgelder, bis zur Höhe von 30 M. und mehr pro Tag, zuflössen. Die in der Küche beschäftigten Mädchen seien dagegen auf ihren Lohn angewiesen und höchstens noch auf die freiwilligen Spenden der Erfragenannten. Der Vorschlag geht nun dahin, daß das Bedienungsfräulein in Zukunft nicht allein angestellt werden soll, in der Küche beim Abwaschen des Geschirrs zu helfen, sondern auch einen festzusetzenden Prozentsatz der ihr zufließenden Trinkgelder dem Chef abzuliefern, damit dieser es den Küchenmädchen zufließen läßt. Auf diese Weise soll der Unzufriedenheit in der Küche entgegengewirkt und verhindert werden, daß die Küchenmädchen mehr und mehr zu Bedienungsfräuleins werden. Das wäre ein bequemes Mittel, um noch mehr, als es in diesen Betrieben schon jetzt der Fall ist, Personal zu haben, dem man keinen Lohn zu zahlen braucht. Wo hohe Trinkgelder eingenommen werden, ist doch auch der Umsatz und dadurch der Verdienst des Unternehmers ein hoher, so daß er sehr gut in der Lage wäre, anständige Gehälter zu zahlen und auf diese Weise Unzufriedenheit zu bannen und häufigem Stellenwechsel vorzubeugen. Freilich, dazu werden sich die Unternehmer der Kaffeehäuser erst bereit finden, wenn sie vom organisierten Personal dazu gezwungen werden. Bis jetzt aber ist von Organisation des weiblichen Personals in diesen Betrieben noch nicht allzuviel zu spüren.

Gewerkschaftliches.

Leistungen einer großen Gewerkschaft.

Die neueste Nummer des Grundstein ist zur Massenverbreitung unter alle Bauarbeiter zwecks Einleitung einer umfassenden Agitation bestimmt. Zu diesem Zweck setzt das Blatt eingehend auseinander, was dieser Verband bisher geleistet hat und welche Aufgaben seiner in der nächsten Zukunft harren. Der durchschnittliche Stundenlohn der deutschen Maurer betrug im Jahre 1905 34.8 Pf., das Jahreseinkommen bei 289 Arbeitstagen zu durchschnittlich 10½ Arbeitsstunden 873 M. Nach 30jähriger Tätigkeit der Organisation war Anfang 1914 der durchschnittliche Stundenlohn von 34.8 Pf. auf 60 Pf. gestiegen, das durchschnittliche Jahreseinkommen von 873 M. auf 1862 M. und die durchschnittliche Arbeitszeit war von über 10½ auf unter 8½ Stunden verkürzt. Die Verkürzung der Jahresarbeitszeit betrug mindestens 10,5 Proz. die Steigerung des durchschnittlichen Stundenlohns 72 Prozent. Die Steigerung des Jahreseinkommens 55 Prozent. In der gleichen Zeit stiegen die Preise der Lebensbedürfnisse, berechnet nach der bekannten Methode an der Nation der Marinesoldaten, um 32,14 Prozent. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der Maurer war somit nach 30jähriger Gewerkschaftsarbeit um rund 28 Prozent mehr gestiegen als die Preise der Lebensmittel. Der deutsche Maurer konnte im Jahre 1914 von seinem halben Sommerwochenlohn rund 18 Prozent Lebensmittel mehr kaufen als im Jahre 1896. Die Gewerkschaften haben sich demnach als eine Waffe erwiesen, welche die Arbeiter nicht nur befähigt, der Verelendungstendenz entgegenzuwirken, sondern ihnen darüber hinaus auch gestattet, sich eine bessere Lebenshaltung zu erkämpfen. Dadurch leisten die Gewerkschaften ein ungeheures Kulturwerk, und an dieser Kulturarbeit teilzunehmen muß über das eigene Interesse hinaus der Stolz der Arbeiter sein.

Während des Krieges hat der deutsche Bauarbeiterverband weit über 10 Millionen Mark Unterstützungen gezahlt, davon mehr als die Hälfte außerordentliche Beihilfen an die Familien der im Felde stehenden Mitglieder. Die Höhe der durchgesetzten Teuerungszulagen beträgt gegenwärtig 40 Pf. für die Arbeitsstunde, das Jahreseinkommen der Bauarbeiter ist während des Krieges um durchschnittlich 1000 M. im Jahre gestiegen.

Nach dem Kriege werden Lebensmittelpreise, Steuern und Wohnungsmieten zweifellos außerordentlich hoch sein. Will die Arbeiterschaft sich nicht wieder kulturell herunterdrücken lassen, muß sie sich durch Zusammenschluß die Kraft schaffen, einen den Lebensverhältnissen entsprechenden Lohn durchzusetzen. Unzweifelhaft wird nach dem Kriege das gesamte Tarifwesen neu geordnet werden. Je stärker die Gewerkschaften sind, desto besser werden sie die Interessen ihrer Mitglieder dabei wahrnehmen können — in dem gleichen Geiste, in dem sie bisher für den Aufstieg der Arbeiterklasse gekämpft haben.

•

Interessante Feststellungen.

Der Proletarier, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, berichtet im Leitartikel der Nr. 20, über den Stand des Verbandes im Jahre 1917. Da heißt es in bezug auf die starke Mitgliederzunahme:

„Wir hatten am Schlusse des Jahres 1916 eine Mitgliederzahl von 80 545; dagegen konnten wir am Schlusse des Berichtsjahres 1917 eine Gesamtmitgliederzahl von 110 584 aufweisen. Das ist ein Mehr von 30 039. Diese Zahl wurde seit Bestehen unsres Verbandes nur einmal, und zwar im Jahre 1906, überstroffen. 1917 steht also bezüglich der Mitgliederzunahme an zweiter Stelle. An diesem Erfolg werden sich insbesondere alle diejenigen unsrer Mitglieder freuen, die durch ihre agitatorische Mitarbeit Anteil an dem Aufstieg des Verbandes haben. Es soll hier aber auch ausgesprochen werden, daß die geschickte Ausnützung der Vorteile, die uns das Hilfsdienstgesetz gebracht, den Erfolg wesentlich erleichtert hat. In sehr vielen Fällen konnte tatsächlich erst durch das Hilfsdienstgesetz Verbindung mit der Arbeiterschaft hergestellt werden."

Die letzte Feststellung verdient festgehalten zu werden. Das Hilfsdienstgesetz ist bekanntlich durch die sozialdemokratische Fraktion, gegenüber dem Regierungsentwurf, merklich umgestaltet worden.

Totenliste der Partei.

In seinem Geburtsort in Isny in Württemberg ist der Kieler Genosse Daniel Kindfleisch nach langem schweren Leiden im Alter von 51 Jahren gestorben. Genosse Kindfleisch war Protokollführer des Kieler Parteigeschäfts, gewerkschaftlich und politisch außerordentlich rege tätig, und zog, nachdem er neun Jahre als Stadtverordneter tätig gewesen war, mit überwältigender Mehrheit gegen die bürgerlichen Kandidaten gewählt, im Herbst 1916 als erster sozialdemokratischer Stadtrat in den Kieler Magistrat ein.

An unsere auswärtigen und Post-Abonnenten.

Beschwerden über unpünktliches Zustellen der Volkstimme sowohl als auch über Fehlen einzelner Exemplare an der überwiesenen Anzahl sind stets bei dem Postamt des betreffenden Ortes anzumelden.

Beschwerden beim Verlag verzögern nur die Regelung der Angelegenheit, die nur auf postalischem Wege erfolgen kann. Der Verlag der Volkstimme.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180524-18/fragment/page=0006